

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verantwortlicher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 6. Mai 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verantwortlicher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgeheilene Annoncenzeile über deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphen-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis halbjährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Klerikale Ablenkungen.

Das Centrum hat der Zollfreibei, der Verrätereien und der Gewaltstreichs so viele auf dem Kerbholz, daß es den bevorstehenden Wahlkampf mit ehrliehen Mitteln gar nicht erst zu führen wagt. Das beweisen die „apologetischen“ Flugblätter, die jetzt von der Hauptagitationsstelle des Centrums, dem Volksverein für das katholische Deutschland, herausgegeben werden. Wie schon die Titel: „Der neue Kulturkampf der Socialdemokratie“, „sind die Socialdemokraten religionsfeindlich?“, „die Kronzeugen der religionsfeindlichen Socialdemokratie“ erkennen lassen, variieren dieselben samt und sonders das gleiche religiöse Thema. Die Verlegenheit des Centrums um eine zugkräftige Wahlparole ist offenbar so groß, daß es auf die elendeste Kulturpauserei zurückgreift, um seinen Wählern seine Daseinsberechtigung noch plausibel machen zu können. Klipp und Klar spricht sich das aus in den einleitenden Worten des „apologetischen“ Flugblattes Nr. 1. Hier heißt es:

„Das neue Jahrhundert steht vorerst im Zeichen des religiösen Kampfes. Schon einmal gab es für die deutschen Katholiken eine solche Zeit. Sie ist unter der Überschrift „Kulturkampf“ in der Geschichte des 19. Jahrhunderts verzeichnet; nicht als das schönste Blatt derselben. . . Heute tobt der neue Kulturkampf. Ihn müssen unsere Gegner auf eine andre Weise führen. Die Staatsgewalt läßt sich, vor allem dank dem Einflusse des die Kirche schützenden Centrums, heute nicht mehr als Sturmbock gegen die Kirche bewegen. Deshalb wollen die Väter des neuen Kulturkampfes jetzt das Volk in den Kampf gegen die Kirche hegen. In den Zeitungen, in Flugschriften, auf Versammlungen werden die Lehren der katholischen Kirche als kulturfeindlich und volksverderblich, ihre Einrichtungen, so z. B. sogar die heilige Messe als Gefährdung der guten Sitten fälschlich hingestellt. Ständelgeschichten über schlechte Päpste und Priester werden planmäßig erfunden und dann als feststehende Thatsachen an die Öffentlichkeit geschleudert. Am geschäftigsten beteiligt sich an diesem widerwärtigen Treiben die Socialdemokratie“ u. s. f.

Schon hier zeigt sich die unsäglich jämmerliche Mittel, auf die das Centrum — denn hinter dem Volksverein steht unmittelbar die Centrumsfraktion des Reichstages — in seiner Agitation herabgekommen ist. Gerade die Socialdemokratie ist es gewesen, die während des Kulturkampfes Schulter an Schulter mit dem Centrum für die Aufhebung der Maßregeln eingetreten ist, die nie müde wird, sich gegen Ausnahmegesetze aller Art zu erklären. Wenn sie andererseits der Individualität vollen Spielraum gewährt, wenn sie die freie Diskussion in Wort und Schrift in religiösen wie in philosophischen Fragen überhaupt in keiner Weise eingeschränkt wissen will, so steht sie damit auf einem Standpunkt, den Windsturm und mit ihm das Centrum selber während des kirchenpolitischen Konflikts wiederholt eingenommen und ausdrücklich als eine Notwendigkeit der Zeit bezeichnet haben. Ganz nach diesem von dem Centrum einst anerkannten, weil ihm von der Not diktierten Grundfah verfährt die Socialdemokratie noch heute, wobei sie sich an die Köpfe wendet und diese gewinnt, allerdings der Meinung ist, für die „Kultur“ zu kämpfen.“ Die Verleumdung, welche die Worte des Flugblatt-Scribenten enthalten, wird zur höheren Ehre Gottes und zum Heile der Seelen noch verschärft, indem er die Socialdemokratie zur Erfinderin von Ständelgeschichten macht. Es ist eine mehr als bequeme Methode, sich an geschichtlichen oder durch die ordentlichen Gerichte festgestellten, konkreten Thatsachen dadurch vorbeizubriden, daß man den Gegner in Anschau und Wogen der Verleumdung und der Lüge bezichtigt. Wir sind an diese Methode seit langem gewöhnt, aber wir legen angelegentlich der nahen und direkten Verbindung, die zwischen dem Volksverein für das katholische Deutschland, dem Einberufer der alljährlichen katholischen Versammlungen, und der politischen Partei des Centrums besteht, Wert darauf, zu dieser Zeit unzweideutig darauf hinzuweisen.

Und womit wird nun der Schwinkel „betrieben?“ Durch drei Thesen, deren Beweisgründe, da jene Behauptungen typischer Art sind und ständig wiederkehren, wir uns einmal näher betrachten wollen. Die erste These lautet: Die Socialdemokratie predigt den vollendeten Unglauben.

„Das ist eine Thatsache“, heißt es in dem Flugblatt, „welche alle Versuchsversuche nicht aus der Welt schaffen können. Denn im Gegensatz zur christlichen Weltanschauung lehrt die Socialdemokratie die sogenannte materialistische Weltanschauung, deren Hauptfah lautet: Alles, was in der Welt ist, das ist nur Stoff und Kraft. . . Das ist das neue Evangelium, das die Socialdemokratie dem Volke predigt. Es besagt nicht mehr und nicht weniger als die Verneinung Gottes und des Geistes, eine endgültige Abfage an Christentum und Kirche, wie sie gründlicher nicht gedacht werden kann. Mit dieser Lehre ist aber die Socialdemokratie so innig verflochten, wie Leib und Seele. Auf dieser Lehre ruht ihr ganzer Bau. . . Eben deshalb sind alle Behauptungen socialistischer Redner und Zeitungen, daß Christentum und Socialdemokratie sich vereinigen lassen, Lügen.“

Zur betrouhten Verdrehung kommt hier die Dummheit. Man hat einmal etwas von materialistischer Geschichtsauffassung klären hören, von der Marx-Engelschen Erklärung der Geschichte, wonach der Fortgang der letzteren sich auf das engste an die wirtschaftlichen Produktionsbedingungen einer Epoche anschließt. Das wird nun im Handumdrehen mit der materialistischen Weltanschauung die alle Erscheinungen der Welt aus den physischen Gesetzen der Materie herleitet, identifiziert. Bemerkenswert zu werden verdient, daß auch die klerikalen Autoritäten sich geradezu ausnahmslos derselben Verwechslung schuldig machen. Diese Verwechslung wirkt um so tömischer, als die materialistische Geschichtsauffassung

an sich gar nichts der katholischen Lehre so Weltfremdes ist, als unsere Klerikalen krampfhaft möchten glauben machen. Zunächst führt die katholische Lehre alles Eigentum zurück auf die „gefallene“ Natur des Menschen, d. h. auf die egoistische Seite derselben. Wenn nun das 7. Gebot des Decalogus, das man der Socialdemokratie gegenüber stets glaubt ins Feld führen zu sollen, lautet: „Du sollst nicht stehlen“, so liegt doch auf der Hand, daß dieser allgemeine Grundsatz seine besondere juristische Auslegung nur aus den auf die jeweiligen Produktionsbedingungen zurückgehenden Eigentumsverhältnissen einer Epoche finden kann. Der ganze Unterschied liegt also in der philosophischen Erklärung von der Entstehung der sittlichen Begriffe. Marx und Engels und mit ihnen viele Socialisten verlegen sie ausschließlich in die ökonomischen Verhältnisse selbst. Wer dagegen meint, sie außerdem noch auf einen außerweltlichen Gott zurückführen zu müssen, dem ist das unbenommen, und zwar um so weniger unbenommen, als eine solche Annahme die konkreten Grundlagen der materialistischen Geschichtsauffassung, wonach die politische, wirtschaftliche und sittliche Entwicklung vom Produktionsprozeß bestimmt wird, gar nicht berührt.

Dann soll, so lautet die zweite These, die Socialdemokratie bestrebt sein, das Christentum verächtlich zu machen. Es wird Bezug genommen auf Strauß, Bläuner, Koseffschott u. a., Gelehrte, die mit dem Socialismus ebenso wenig zu thun haben wie eine Auh mit dem Spanischen. Wir haben nicht jedes Wort zu vertreten, das einzelne Socialisten über das Christentum geschrieben haben, wie auch unsere Klerikalen sich lebhaft dagegen verwahren würden, wenn wir ihnen aus den Werken sonst namhafter Theologen wie Gutz, Mariana, Bellarmin, Suarez, Lessing u. a. eine Glaubens- und vor allem eine Sittenlehre zusammenbrauen wollten. Es gilt hier, was bereits Laßalle in seinem Vastiat-Schulze-Delphisch ausgesprochen hat, daß eine Gesellschaftsform, die sich gegen unabweisliche Forderungen großer und wichtiger Gesellschaftsteile hartnäckig steift, damit die Kritik der gesamten ökonomischen wie philosophischen Grundlagen der bestehenden Gesellschaftsform herausfordert, eine Kritik, die je nach der Individualität des Einzelnen stets mehr oder minder weit gehen wird.

Den Höhepunkt unfreiwilliger Komik erreicht jedoch der fromme Flugblatt-Scribent, wenn er sich über das Verhältnis von Wissenschaft und Socialdemokratie wie folgt ausläßt:

„Unfug und Humbug ist all dieses Klumern der Socialdemokratie mit ihrer vorgeblichen Wissenschaft. Das beweist nichts so gut als das Verhalten der Socialdemokratie selbst, sobald ihr die Lehre der Wissenschaft nicht in ihrem Kram paßt. Haben doch alle Gelehrten der Staatswissenschaft in den letzten zwanzig Jahren die socialistischen Lehren als unwissenschaftliche Hirngespinnste nachgewiesen. Warum fügt sich die Socialdemokratie da nicht dem Wahrspruch der Wissenschaft?“

Halt, Bauer, sagt sie, das ist etwas andres. Die Socialdemokratie singt der Wissenschaft nur dann ein Loblied, wenn sie dieselbe glaubt anzuwenden zu können gegen Glauben und Christentum; dann schwört sie auf die Unfehlbarkeit der Wissenschaft wie ein Mohammedaner auf den Bart des Propheten! Das ist zwar nicht mehr ehrlich, aber was kümmert das die Socialdemokratie? Sie hat ihren Zweck erreicht, wenn sie die Religion in Verachtung gesetzt hat. Um alles andres kümmert sie sich soviel wie eine Krähe um den Sonntag.“

Die gesamte bürgerliche Oekonomie — und die klerikalen Autoritäten wie Kämpfe, Dipe, Hertling, Cathrein u. a. haben in diesem Punkte nichts andres gethan, als die liberalen Oekonomen ausgeführt — geht in ihrer Kritik des Socialismus von der Marx'schen Werttheorie aus. Man gibt zu, daß die socialistischen Forderungen Marx' durchaus zutreffen, wenn seine Werttheorie richtig sei. Marx jedoch ebenso wie Engels und mit ihnen der ganze Socialismus der Gegenwart haben ihre socialistischen Forderungen niemals auf die Werttheorie aufgebaut; sie erkennen in der Werttheorie lediglich ein Mittel, den Ferkungsprozeß der kapitalistischen Gesellschaft zu begreifen, ein Geis, das zur Erklärung der gegenwärtigen Erscheinungen dient, und das falsch oder richtig sein kann, ohne daß dadurch die aus den ökonomischen Thatsachen gezogenen socialistischen Folgerungen irgendwie berührt werden. Während also die bürgerliche Oekonomie die Folgerichtigkeit der socialistischen Dialektik zugewehen genötigt ist, richtet sie ihren Angriff in volstem Mißverständnis des gesamten modernen Socialismus gegen einen Punkt des Marx'schen „Kapitals“, der gar nicht als Ausgangspunkt des Socialismus anzusehen ist, den Marx selber nicht als den Ausgangspunkt seiner Theorien angesehen wissen wollte. Die ganze angeblich „wissenschaftliche“ Verneinung der Socialdemokraten ist also nichts als ein vollendeter Selbstwiderspruch. Daß unsere Klerikalen sich diesen Widerspruchs aneignen und im Sinne eines nur um so widerwärtigeren konfessionellen Kapitalismus ausnützen, ist um so bezeichnender, als gerade aus der katholischen Eigentumstheorie zu allen Zeiten kommunistische Konsequenzen gezogen worden sind und unter den heutigen Verhältnissen mit unabwieslicher Notwendigkeit gezogen werden müssen, wenn man mit der Grundforderung der christlichen Eigentumsordnung, wonach alle Menschen eine auskömmliche Existenz besitzen sollen, Ernst machen will.

Als dritte Behauptung führt das Flugblatt ins Feld, die Socialdemokratie schüre den Haß gegen das Christentum. Zum Beweise werden einzelne Stellen socialdemokratischer Schriftsteller angeführt, mit denen wir uns oben bereits abgefunden haben. Daneben wird die geradezu ungeheuerliche Behauptung aufgestellt, die Kirche habe die gesamte abendländische Kultur geschaffen. Was man die Verdienste der christlichen Kirche zumal in den ersten Jahrhunderten unserer Zeitrechnung anerkennen, das ändert nichts an der Thatsache, daß von dem Augenblicke an, wo die Kirche zu einer wirtschaftlichen Macht geworden, sie diese Macht rückwärtslos benutzte hat und zu

ihrer Erhaltung selbst vor der Anwendung blutigster Gewalt nicht zurückschreckte; ist doch, um nur ein flagrantes Beispiel anzuführen, gerade unter dem Einflusse der christlichen Kirchen der deutsche Bauernstand zu Beginn des 18. Jahrhunderts aufs neue vertrieben und um Jahrhunderte in seiner wirtschaftlichen Entwicklung zurückgeworfen worden. Dabei begegnet dem „apologetischen“ Flugblattschreiber ein pittoresques Mißgeschick. Er faßelt über Menschenrechte also:

„Die Socialdemokratie beruft sich auf die Menschenrechte. Aber woher hat sie denn diese? Die hat das Christentum in die Welt gebracht, und wer „Menschenrechte“ haben will, ohne Christentum, der gleicht dem Knaben, der Wepfel haben will, ohne Apfelbaum. Im Materialismus giebt es zudem keine „Rechte“, welche im Gewissen unüberleiglich sind, sondern nur Macht; er kennt nur das als zurecht-befestend an, was derjenige, der die Macht in Händen hat, jeweilig bestimmt. Wenn daher die Reichen die Macht, die ihnen ihr Reichthum giebt, rückwärtslos gegen den Arbeiterstand benützen, so könnte dieser vom Standpunkt der Socialdemokratie nichts dagegen vorbringen.“

Daß im Sinne unseres christlichen Apologeten die alten und insbesondere die „neuen“ Heiden keine Menschenrechte besaßen und besitzen und samt und sonders in der Hölle schmoren müssen, und das von Rechts wegen, glauben wir ihm aufs Wort. Aber wie steht es mit dem außerwählten Volke Gottes, den Juden? Besaß auch das keine Menschenrechte, da diese erst durch das Christentum in die Welt gesetzt sind? Der klerikale Ignorant übersteht in seinem „heiligen“ Jorn gegen die Socialdemokratie ganz und gar, daß es nach der katholischen Doktrin und unabhängig von allem Christentum ein Naturrecht, alias Menschenrechte giebt, die jeder Mensch kraft der Thatsache der Geburt erwirbt und die von vielen Theologen noch bis vor die Thatsache der Geburt ausgedehnt werden. Freilich gehört zu diesen Rechten auch das „natürliche“ Recht auf den guten Ruf und den guten Namen, wonach jeder „im Gewissen gehalten ist“, seine Mitmenschen nicht zu verächteln und nicht zu verkleunden. Geradezu klaffend ist der Versuch, der katholischen Arbeiterschaft durch den Hinweis auf die rückwärtslose Ausnutzung der ökonomischen Macht seitens der Kapitalisten gruselig zu machen, als ob diese Macht nicht heute bereits auf das aller-rückwärtsloseste auch von klerikalen Unternehmern geltend gemacht würde. Gerade die letzte Zeit noch hat einige bezeichnende Beispiele dieser Art geliefert. Das eine aber mag man sich auf der Centrumsseite gesagt sein lassen: so sehr der einzelne Arbeiter heute unter dem Einflusse der ökonomischen Machtfragen leidet und leiden wird, ebenso wenig Grund hat er von seinem Klassenstandpunkte aus und im Hinblick auf die Zukunft, darüber mißvergnügt zu sein, daß ökonomische Fragen als Machtfragen angesehen und behandelt werden.

Zum Schluß fordert dieser Gottesstreiter zum Kreuzzug gegen die Socialdemokratie mit der Verbalhornisierung eines Körnerschen Freiheitsliedes auf: „Freiß auf, mein Volk! Die Flammenzeichen rauchen. Hell vom Feis Petri flammt der Wahrheit Licht. Freiß auf, mein Volk! Es ist ein Kreuzzug, 's ist ein heiliger Krieg!“ Kein vernünftiger Mensch wird glauben, daß man mit derartigen Einfältigkeiten dauernd politischen Wimpelzug betreiben kann. Das Ganze ist ein typisches Beispiel für die Schadenjämmerlichkeit, mit der unsere Klerikalen diesmal in den Wahlkampf ziehen.

Wahlkampf.

Wer ist wahlberechtigt?

Vielsache Anfragen über die Frage, ob in einem bestimmten Fall Wahlberechtigung vorliegt, veranlassen uns, die Frage, wer und wo jemand wahlberechtigt ist, an der Hand der Berichte der Wahlprüfungskommission unter Berücksichtigung der für die Praxis erheblichen Fälle nochmals ausführlich zu behandeln. Wir bitten unsere Genossen, diese Zusammenstellung sich aufzubewahren, um selbst über solche Fälle Auskunft erteilen zu können.

Wie alt muß der Wähler sein?

Zum Reichstag wählen kann jeder Deutsche männlichen Geschlechts, welcher das 25. Lebensjahr am 16. Juni 1903 zurückgelegt hat, also spätestens am 16. Juni 1878 geboren ist.

Ruß der in Preußen Wählende Preuze sein?

Keineswegs; er muß nur Deutscher sein. Ob er Preuze oder Sachse, Hamburger oder Badener, Mecklenburger oder Lipper, Württemberger oder Eisach-Volksbringer ist oder welchem der 26 deutschen Vaterländer er sonst angehört, ist für die Berechtigung zur Reichstagswahl ganz gleich.

Welcher deutsche Mann ist vom Wählen ausgeschlossen, wiewohl er 25 Jahre und älter ist?

- Wahlberechtigt sind nicht:
1. Personen des Soldatenstandes des Heeres und der Marine, so lange sich dieselben bei der Fahne befinden; demnach sind Bahmeister und Gendarmen, nicht aber Bahmeister-Aspiranten für wahlberechtigt erachtet.
 2. Personen, welche unter Vormundschaft oder Anstalt stehen.
 3. Personen, über deren Vermögen Konkurs gerichtlich eröffnet ist, und zwar während der Dauer dieses Konkursverfahrens.
 4. Personen, welche eine Armen-Unterstützung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln beziehen oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre, also seit dem 16. Juni 1902, bezogen haben.
 5. Personen, denen infolge rechtskräftigen Erkenntnisses der Vollgenüß der staatsbürgerlichen Rechte entzogen ist, für die Zeit der Entziehung, sofern sie nicht in diese Rechte wieder ein-

gefehrt sind. Ist der Vollgenuss der staatsbürgerlichen Rechte wegen politischer Vergehen oder Verbrechen entzogen, so tritt die Berechtigung zum Wählen wieder ein, sobald die außerdem erkannte Strafe vollstreckt oder durch Begnadigung erlassen ist. Ob dieser letzte Satz noch praktische Wirksamkeit hat, ist bestritten.

Was gehört nicht zu Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln?

Steuerrückstände, Schulgelder, Erlöse von Schulgeld, unentgeltliche Lieferung von Lehrmitteln, Aufnahme von Kindern in einer Freischule, Weihnachtsgeschenke an die Kinder und dergleichen sind kein Grund, einen Wähler vom Wahlrecht auszuschließen. Auch ist es nicht als Armenunterstützung zu erachten, wenn jemand infolge eines außerordentlichen Unglücks, zum Beispiel Feuersbrand, Mißernte, Ueberschwemmung eine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erhielt. Ebenfalls wird als Armenunterstützung die Liebesgabe erachtet, die alljährlich in Höhe von Millionen infolge der Schnapsbesteuerung und der Zölle auf notwendige Lebensmittel reichen Leuten zugewandt wird. Als Armenunterstützung ist nur das einem Hilfsbedürftigen oder seinen Familienmitgliedern von dem Armenverband oder der Gemeinde gewährte Obdach, der unentbehrliche Lebensunterhalt, die erforderliche Pflege in Krankheitsfällen und die Beerdigung zu erachten.

Ist beispielsweise ein krankes Kind, dessen Vater die erforderliche Pflege nicht beschaffen konnte, in einem Krankenhaus aus öffentlichen Mitteln aufgenommen, so verliert der Vater das Wahlrecht, wenn die Aufnahme in der Zeit zwischen dem 16. Juni 1902 und 15. Juni 1903 erfolgt ist.

Private Wohltätigkeit, Zuwendung aus Stiftungen, Darlehen und dergleichen sind keine Armenunterstützungen.

Ebenfalls verliert jemand durch Gewährung des Armenrechts zur Führung eines Prozesses sein Wahlrecht.

Wo, an welchem Ort ist zu wählen?

Das Wahlrecht muß in dem Wahlbezirk ausgeübt werden, in dem der Wähler zur Zeit der Wahl seinen Wohnsitz hat. Hat der Wähler mehrere Wohnsitze, so ist er in mehreren Wohnsitzen eingetragen, darf aber nur in einem Orte wählen. Wählen kann aber nur der, der in der Wählerliste steht. Deshalb ist es für jeden notwendig, sich zu überzeugen, ob man in der Wählerliste eingetragen ist. Insbesondere ist es wichtig für Schnitter, Schiffer, Landarbeiter und Saisongänger, Saisonarbeiter, die zur Zeit der Wahl nicht in ihrem Heimatort sich aufhalten, darauf zu achten, daß sie in die Wählerliste des Ortes eingetragen werden, wo sie arbeiten.

Die Niederlassung an einem Orte mit der Absicht längeren Verweilens berechtigt nach wiederholten Entscheidungen der Wahlprüfungs-Kommission zur Wahl an diesem Orte. Von diesem Grundsatz ausgehend hat die Wahlprüfungs-Kommission ausgesprochen: „Kellner, welche in einem Badeorte für die Badezeit in Stellung treten, Saisonarbeiter, Feldarbeiter, welche die Woche hindurch außerhalb ihres Wohnortes arbeiten, den Sonntag aber am Wohnorte zubringen, sind am Orte ihrer Beschäftigung wahlberechtigt und deshalb auch in die Wählerliste dieses Ortes einzutragen.“ Ebenso liegt es mit solchen Personen, die zwecks Heilung sich an dem Ort einer Heilanstalt, z. B. in Görbersdorf, Deelitz, Grabowsee, Rahnsdorf mit der Absicht längeren Verweilens aufhalten. Alle diese Personen thun gut, an dem Orte, wo sie wählen wollen, sich auch ausdrücklich vor Offenlegung der Liste, also vor dem 18. spätestens aber am 25. Mai polizeilich anzumelden; eine polizeiliche Abmeldung von dem früheren Wohnort, der auch beibehalten werden soll, ist nicht erforderlich; man kann mehrere Wohnorte haben.

Wo wählt der, der nach dem 25. Mai verzieht?

Den durch die Vorschrift des Wahlgesetzes hierüber hervorgerufenen Zweifel hat die Wahlprüfungs-Kommission dahin entschieden: „Wählt ein Wähler nach der Aufstellung der Wählerlisten den Wohnort, so bleibt er in dem Ort, in dessen Wahlbezirk er eingetragen ist, bis zur Stichwahl wahlberechtigt.“ Wer also beispielsweise am 1. Juni von Berlin nach Brandenburg verzieht, bleibt in Berlin wahlberechtigt. Will er in Brandenburg wahlberechtigt werden, so muß er spätestens am 25. Mai in Brandenburg seinen Wohnsitz nehmen und die Pässe treffen, daß er bis spätestens am 25. Mai in die Brandenburger Wählerliste eingetragen wird.

Wink für die Reichstagswahlen.

Die Vorbereitung der Reichstagswahlen erfordert eine ganze Menge Spezialkenntnisse, die nicht jeder besitzt. Das Wahlrecht und seine Ausübung, sowie die Propaganda für die Wahl sind mit einer Anzahl Schlußregeln und Ordnungsvorschriften umgeben, deren richtige und genaue Beobachtung einerseits erforderlich ist, um eine möglichst freie Wahl zu garantieren, und andererseits notwendig ist, soll die Wahl in geordneter Weise vor sich gehen. Da sind die Vorschriften über die Wahlberechtigung — Alter, Wohnort, bürgerliche Verhältnisse —, die Vorschriften über die Verteilung von Wahlkreisen und Stimmzetteln, die Abhaltung von Wählerversammlungen, die Auslegung und Durchsicht der Wählerlisten, die Wahlzeit, die Befreiung der Stimmzettel und Wahlcouverts, die Wahlzelle, die Art der Stimmabgabe, die Feststellung des Wahlergebnisses, die Öffentlichkeit der Wahlhandlung, die Vorschriften über die ungelegte Wahlbeeinflussung. Es ist für jeden Wähler, der es ernst nimmt mit der Ausübung seines wichtigsten staatsbürgerlichen Rechtes, ohne weiteres wichtig, diese Vorschriften zu kennen; es ist doppelt wichtig für jeden, der in irgend einer Weise an der Wahlagitatorien teilnimmt. Ganz unerlässlich ist es aber für die Agitatoren, Vertrauensleute, Zettelverteiler, Wahlkontrollenre usw. unserer Partei, sich die gründlichste Kenntnis aller dieser Vorschriften zu verschaffen, weil wir es vor allen Dingen sind, die unter der Achtung der gesetzlichen Bestimmungen zu leiden haben. Deshalb sei allen Parteigenossen die Anschaffung des kleinen Heftchens dringend empfohlen, das unter dem Titel „Wink für die Reichstagswahlen“ im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschienen und zum Preise von 10 Pf. in der Expedition des „Vorwärts“ sowie bei allen Kolporturen zu haben ist.

Die Organisationen haben ein großes Interesse daran, daß alle in der Wahlagitatorien tätigen Parteigenossen über eine ausreichende Kenntnis der Vorschriften verfügen und sie sollten es sich deshalb angelegen sein lassen, nicht nur diese Bestimmungen in ihren Zusammenhängen zu besprechen, damit sie sich jedem fest einprägen, sondern auch die Mitglieder mit je einem Exemplar der Wink zu versehen. Die Parteioptionen und Vertrauensleute erhalten bei Parteibezug erhebliche Preisermäßigungen. Diese Bestimmungen sind direkt an den Verlag der Buchhandlung Vorwärts zu richten.

Für den ersten Berliner Wahlkreis hielt der freisinnige Rechtsanwalt Gottschall in einer Versammlung des Hasenpflanz-Vereins, die im Tiergartenhof in Charlottenburg tagte, einen Vortrag über „politische Ideale und deren Wandelbarkeit“. Der Redner beklagte, daß die Liberalen seit jeher die Bedeutung des Proletariats unterschätzt und die Bedeutung der Arbeiterorganisationen zu spät erkannt haben. Auch sei die fortwährende Berufung auf die „bestehende wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung“ gegenüber der „neuen Weltanschauung“ genau so phantastisch wie die Redensarten von „staatsrechtlicher Partei“, „Kampf für Ehren und Altar“ usw. Der Redner forderte „sozial-liberales Handeln“ und die Bildung einer demokratischen Linken, die sich stützen soll auf die sozialdemokratische Partei bis in die Reihen der Nationalliberalen. In der Diskussion traten dem Redner einige Herren von der freisinnigen Volkspartei entgegen. Schulrat Dr. Jonas ließ durchblicken, daß Rechtsanwalt Gottschall nicht mehr zur freisinnigen Partei

gehöre. Dieser teilte jedoch mit, daß er erst neuerdings in den Vorstand der freisinnigen Volkspartei im ersten Wahlkreis gewählt worden sei. Es ist schwer verständlich, wie der Redner, wenn es ihm mit seinen Anschauungen — deren Kritik wir in diesem Augenblick unterlassen können — ernst ist, gerade bei derjenigen Partei bleiben kann, die eine ihrer Hauptaufgaben darin sieht, die Arbeiterorganisationen zu bekämpfen, den sozialen Fortschritt zu hindern und der Demokratie zu Gunsten der kirchlich-konserverativen Reaktion in den Mäulen zu fallen.

Im zweiten Berliner Wahlkreis entfalten die „Ordnungsparteien“ trotz der bisherigen Mißerfolge eine rührige Agitation. Zum Montag hatten sie eine Versammlung einberufen, die von knapp 100 Personen besucht war, darunter befand sich ein großer Teil unserer Parteigenossen. Die Versammlung mußte drei Quartale über sich ergehen lassen. Zunächst sprach Ober-Postassistent Stadmann, der voller Reid auf die gute Organisation der sozialdemokratischen Partei hinwies und es bitter beklagte, daß im Gegensatz zur Sozialdemokratie die Ordnungsparteien bei der Wahlarbeit nur auf bezahlte Arbeitskräfte angewiesen sind, welche widerwillig und lässig die übernommene Tätigkeit ausüben. Nach diesem Erguß verlangte er, daß die Beamten nur den Konserverativen unbedingte Gefolgschaft leisten und bezeichnete diejenigen Beamten als egoistisch, die ihre Stimme einem Sozialdemokraten zuwenden und es wäre ganz selbstverständlich, bemerkte er auf die Zwischenrufe, daß die in Betracht kommenden Verwaltungen in diesem Sinne wüßten, also Wahlbeeinflussungen betreiben. — Hierauf sprach der unvermeidliche „Herr Arbeiter“ Reinhardt von allen möglichen Dingen. Er behauptete u. a., daß die Landarbeiter das Koalitionsrecht gar nicht wollen, daß denselben diese Forderung erst von den Sozialdemokraten inmutiert worden ist, ferner daß die progressive Einkommensteuer nicht durchführbar sei, und schließlich gab er eine neue Erfindung zum Besten, nämlich die, daß die Lebensmittelpreiserhöhung für die Arbeiter ein großer Vorteil ist und zwar, weil sie dadurch die Begehrigkeit erlangt haben, nun für höhere Löhne zu streifen. Im übrigen meinte er, werde durch diese Verteuerung nicht ein Mensch mehr verhungern. Schallende Heiterkeit erzielte der Redner, als er für die Wahl des konserverativen Kandidaten v. Wendt eintrat und in demselben Augenblick beteuerte, daß Herr v. Wendt ja gar kein Konserverativer sei.

Nach dieser Leistung des „Herrn Arbeiter“ sprach Herr v. Wendt, der zunächst mitteilte, daß von ihm von verschiedenen Seiten Erklärungen verlangt werden über seine Stellung zum Koalitionsrecht, zur Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes und zu den Forderungen der Frauenrechte, daß er aber jede bindende Erklärung ablehne in Hinblick auf den § 9 der Reichsverfassung, nach welchen die Abgeordneten an Aufträge und Instruktionen nicht gebunden sind. Nur das wolle er erklären, daß er sich gegen die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes nicht so sträuben werde und zwar deshalb, weil dieser Paragraph ganz bedeutungslos ist und überhaupt nicht zur Anwendung gelangt. Während sich Herr v. Wendt über die an ihn gerichteten grundsätzlichen Fragen auswich und die verlangten Erklärungen ablehnte, hubigte er diesmal unjährling dem Antisemitismus, deren Vertreter er als nuttlose Kämpfer bezeichnete, was von der anwesenden antisemitischen Gruppe, der er ein „Heil“ zurief, mit Beifall belohnt wurde. Auch als Vertreter der „Interessen der Agrarier“ war der Herr Professor deutlicher als sonst und verdiente thaflich, daß er auch noch ausdrücklich vom Bund der Landwirte als Kandidat proklamiert würde. Das Koalitionsrecht, so meinte er u. a., kann nicht in der Weise wie bei den Industriearbeitern auf die Landarbeiter ausgedehnt werden, weil die Ernte und das Vieh zu Grunde gehen würden, wenn die Landarbeiter streikten. Im übrigen lebten die Landarbeiter sehr gut, sie würden gut behandelt und die gegenseitige Behauptung sei eine Fabel und entsprechende nicht den Thatsachen. Die weiteren Ausführungen des Redners boten nichts Bemerkenswertes; denn auch die Redensart, daß die Sozialdemokratie nur während der Herrschaft des Mandarientums existenzberechtigt war, aber jetzt nicht mehr, da die Forderungen der Sozialdemokratie, soweit dieselben gute sind, vollständig von den Konserverativen übernommen und vertreten werden, ist nicht neu und auch nicht wahrer geworden.

An der hierauf folgenden Diskussion beteiligten sich ein Anhänger der freisinnigen Volkspartei und viele Genossen Ewald und Schneider, die den sozialdemokratischen Standpunkt wirkungsvoll vertraten. Auch ein alter, mit Orden und Ehrenzeichen geschmückter jüdischer Handwerksmeister kündigte dem konserverativ-antisemitischen Referenten seine bisherige Freundschaft. Vom Vorstandlich wurde ihm zwar zugewinkt, daß er von den Juden eine Ausnahme bilde, aber die Antisemiten ließen auch diese Ausnahme nicht gelten.

Der ganze Erfolg dieser Versammlung war vorläufig der, daß vier Mitglieder für den sozialdemokratischen Wahlverein gewonnen und etliche Mark für den sozialdemokratischen Wahlfonds gezeichnet wurden.

Der nuntige Freisinn.

An der Agitation für die Reichstagswahlen sich lebhafter zu beteiligen, hängt in Berlin nun auch der Freisinn an. Am Montag hatte die freisinnige Volkspartei im fünften Wahlkreis nach dem Handwerkersaal eine Versammlung einberufen. Da die Freisinnigen wissen, daß auch in diesem Kreise ihre Sache nicht mehr gut steht, so wurde hier gleich das grobe Geschütz — Herr Eugen Richter — vorgeföhrt.

Die Versammlung war nicht schlecht besucht. Auch Gegner, Sozialdemokraten sowie Anhänger der konserverativ-antisemitischen Richtung, hatten sich zahlreich eingefunden, aber der tapfere Freisinn war von vornherein eingeschlossen, keinen von ihnen zu Worte kommen zu lassen. Man gebrauchte das altbewährte Mittel, sich darauf zu besetzen, daß nur Freisinnige eingeladen seien. Als bei Eröffnung der Versammlung ein Mann in feineswegs überlautem Ton das Wort „zur Geschäftsordnung“ verlangte, wies der Vorsitzende Stadt. Cassel ihn mit einer ganz unnötigen Schneidigkeit und Schärfe zur Ruhe. Stadt. Witkowski drängte sich an den Mann heran, ein paar andre folgten seinem Beispiel — es gab einen kurzen Wortwechsel, dann wurde der Redner von beiden Häufen gepackt und ohne nennenswerten Widerstand hinaustransportiert. Diese Probe von „Mut“ bildete den würdigen Anfang der Verhandlungen.

Herr Richter, der sonst so Rächterne, begann mit einem so begeisterten Hymnus auf Jwids Tätigkeit im Reichstage, daß seine eigene Größe neben der des gepriesenen Fraktionsgenossen bedenklich zusammenschrumpfte.

Herr Richter blühte dann in seinen „Socialistenspiegel“ und erzählte: Der Sozialdemokratie ist es nicht in erster Linie darum zu thun, unsre Zustände zu bessern; sie diene auch nicht dem wirklichen Interesse der Arbeiter. Ihr sei alles nur ein Mittel zur Erregung neuer Unzufriedenheit. Ueber den Postwucherer selber und gegen ihn sagte Herr Richter nichts, wohl aber wiederholte er sein Märchen, daß der Tarif nur durch die Obstruktion der Sozialdemokraten zu stande gekommen sei. Ein Teil seiner eignen Parteigenossen unterbrach ihn hier mit unwillig-ironischen Lachen, aber die Unentwegten antworteten mit Dravorufen und Handbellschlagen. Herr Richter gebrauchte das in den Reihen der Postwucherer so beliebt gewordene Schlagwort, der Reichstag habe sich nicht vor Singer, Stadthagen usw. tyrannischen lassen wollen. Durch einen Zwischenruf gerettet, rief er, sich in die Brust werfend: „Glauben Sie etwa, daß ich, der ich jahrzehntlang in einem Kampf gegen überstandenen habe, vor Singer und Stadthagen, vor Ledebour o tutti quanti zurückweichen werde?“ Dieses Bekenntnis, das wir als einen Beitrag zur Psychologie des Herrn Eugen Richter streifen, fand bei seinen Freunden lebhaft zustimmenden Beifall. Er streifte dann den „Zukunftsaufbau“ vor dem er in bekannter Richterischer Art als vor einem „Zukunftsaufbau“ grollig zu machen suchte, verächtlich aber — etwas unüberlegt — fast in demselben Atemzuge, er glaube ja gar nicht an eine Revolution und an einen Sieg des Proletariats. Völlig in den Ton der Scharfmacherpresse versiel der

Führer der freisinnigen Volkspartei, als er von den Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter sprach. Hier wirkte die Sozialdemokratie noch viel schädlicher als in der Politik: „Verhörung“, „Gewaltthätigkeit“ usw. seien ihre Früchte. Herr Richter schloß mit der Versicherung, der Freisinn sei der wahre Hort der Freiheit, und der fünfte Kreis soll ein Fort dieses Freisinnus bleiben.

Nach Richter kam der freisinnige Kandidat Herr Jwids an die Reihe, aber die Versammlung wurde sehr kurz von ihm abgepeist und bekam nur noch eine knapp bemessene Ansprache zu hören. Jwids schätzte sich selber als einen Epigonen seines großen Führers“. Den Redner der Befähigung, ein Jünger Richters zu sein, erbrachte er auf der Stelle, indem er noch sinnloser als sein Meister über die Sozialdemokratie herzog. Die Sozialdemokratie treibe eine Politik der Gewaltthätigkeit, der rohen Faust, sie wolle nur die rohe Masse des Volkes haben; sie erzeuge Verhörung, Vergehrlichkeit, Habgucht. Die freisinnigen Wähler hat er, dafür zu sorgen, daß aus den 58 Stimmen, mit denen er 1898 noch durchgedrückt wurde, diesmal 6000 würden, aber er dürste kaum darüber in Zweifel sein, daß die „rohe Masse des Volkes“ diese Hoffnung zu nichte machen wird.

Als Jwids geendet, wurde oben auf der Bühne die Parole „Schluß“ ausgegeben. Mehr noch als vor den Sozialdemokraten und den andern Gegnern, denen man ja als „nicht Eingeladenen“ das Wort nicht verstatte hätte, fürchteten Herr Richter und seine Getreuen sich offenbar vor denjenigen ihrer eignen Parteigenossen, die mit der Haltung der freisinnigen Volkspartei im Volktaufsatz unzufrieden sind. Darum: nur rasch Schluß! Der Vorsitzende Herr Cassel fragte nicht erst, ob jemand das Wort wünsche. Er erklärte ohne weiteres: „Redner haben sich nicht gemeldet; eine hier eingegangene schriftliche Frage soll nach der Versammlung privatim beantwortet werden.“ Herr Richter, der Referent, hatte nichts dagegen einzuwenden, noch weniger Herr Jwids, der Kandidat — und so schloß die am 29. eröffnete Versammlung schon kurz nach 1/11. Verwundert schüttelten die „nicht Eingeladenen“ die Köpfe über den „Mut“ der Freisinnigen.

Dem sechsten Berliner Wahlkreis ist nun auch ein freisinniger Kandidat befehrt worden. Stadtverordneter Lichtenow ist es, an dessen Namen sich der zuständige Nachweis knüpfen soll, daß es für den Freisinn in Berlin, und nun gar im sechsten Wahlkreis, keinen Boden mehr giebt. Von dem Gefühl, daß ein freisinniger Kandidatur im sechsten Wahlkreis nicht die geringste Bedeutung hat, sind die Anhänger dieser Partei selber durchdrungen, denn zu dem unter andern Umständen wichtigen Akt der Kandidatenaufstellung hatten sich wohlgezählte 44 Freisinnige Mann eingekunden. Diese bildeten die Generalversammlung des freisinnigen Wahlvereins. Eine äußerst lässige Versammlung, die er mit Bedauern eröffnete, sagte der Vorsitzende. Nicht einmal die berufenen Bezirksleiter, ja selbst nicht die Vorstandsmitglieder waren vollständig vertreten. Angehört solcher Interesselosigkeit der Spitzen des Freisinn im Wahlkreis gehört ein erlaunenswertes Maß von Optimismus dazu, wenn man, wie es der Referent, Herr Schöler, that, sich einzureden sucht, daß der sechste Wahlkreis für den Freisinn nach nicht endgültig verloren sei. Wie die Konserverativen, so rechnet auch Herr Schöler mit den lässigen Wählern, die das vorige Mal von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht haben. Aus den Reihen der Indifferenten hofft er so viele Stimmen zusammenbringen zu können, daß der Freisinn wenigstens mit einem Nützlichserfolg abschließt. Dazu ist aber energische Wahlarbeit und Opfermühe nötig, und daran fehlt es — wie der Referent mit Bedauern konstatierte — bei den Freisinnigen. Trotzdem meinte der hoffnungsfrohe Redner, man müsse nur an den Erfolg glauben, dann werde er nicht ausbleiben. So ein starker Glaube war allerdings bei den 44 Versammelten nicht vorhanden. Die Ausführungen der Diskussionsredner klangen sehr pessimistisch. Wir haben ja nicht einmal eine Zeitung, die uns unterstützt, so klagte man. Die „Volk-Zeitung“ steht zu weit links, das „Berl. Tageblatt“ schwanzt bald nach links, bald nach rechts, man weiß nicht, was man von ihm halten soll, und die „Freisinnige Zeitung“, die „Mittler-Zeitung“, wie sie ein Redner nannte, kann man nur mit Widerwillen und Abscheu lesen, denn sie ergeht sich gar zu oft in persönlichen Schimpfereien gegen alle, die Herrn Richter nicht blindlings folgen. — Nicht nur der Glaube an ihre Sache, auch das Vertrauen in sich selbst fehlt den Wahlkreisspitzen des Freisinn. Aus diesem Gefühl der eignen Bedeutungslosigkeit erklärt es sich, daß ein Redner, ein biederer Kleinfabrikant, allen Erstes vorschlug, man wolle einen Mann mit langbollen Namen, einen Mann in Amt und Würden, einen Mann, der Stimmen von rechts und links erhalten könne, mit einem Wort, man wolle den Oberbürgermeister Richter als Reichstagskandidaten aufstellen. — Nun, da die Freisinnigen einen Mann mit langbollen Namen doch nicht haben können, so begnügten sie sich schließlich mit dem Stadtverordneten Lichtenow, der denn auch seinen Zuhörern, die inzwischen auf 50 Mann angewachsen waren, erzählte, für was alles er eintreten werde, wenn er „durch irgend welche Umstände“ in den Reichstag gelangen sollte!

Ein Begräbnis erster Klasse veranstalteten Montagabend im Germania-Saal die „nationalen Parteien“ des sechsten Berliner Wahlkreises für ihren Kandidaten Rechtsanwalt Ulrich. Um 8 Uhr abends bereits war die Tribüne von Vorstands- Mitgliedern und Rednern überfüllt; der Saal allerdings war von einer melancholischen Leere, die auch bei Eröffnung der Versammlung nicht behoben war. Um 9 Uhr zählte man etwa 300 Menschen, darunter gut die Hälfte Sozialdemokraten. Mit furchtbarem Augenrollen und drohender Stimme eröffnete der Vorsitzende die Trauerfeier mit der Versicherung, daß auch die Gegner vollste Redefreiheit haben, woran er aber gleich die liebenswürdige Erinnerung knüpfte, daß er für diesen Abend das Hausrecht besitze. Hierauf brachte er ein männlich teufisches Hoch auf Kaiser Wilhelms Majestät aus, rollte noch einigemal mit den Augen und erteilte zunächst dem Rechtsanwalt Dr. Gahn das Wort. Das geschickte Herrchen verlas mit einseitiger Stimme einen ganzen Sad grauliger Citate, daß den paar Duzend Jungensmeister, Kalkulatoren und dergleichen eine Gänsehaut nach der andern überkam. Die Sozialdemokraten spendeten den Versicherungen, daß die Sozialdemokratie nach wie vor eine revolutionäre Partei sei, daß nur der Sturz des Kapitalismus die Menschheit erlösen könne z. reichlichen Beifall. Natürlich maršierten auch einige gefällige Citate aus, die dafür um so gruseliger waren und einige beliebte Verleumdungen, wie zum Beispiel die Weinleibschuldigung. Nachdem ein Herr Schmidt mit einem wahren Armenübergelicht sich kampfhafte bemäht hatte, die Rede zu brechen, welche über der Versammlung lagerte, kam der Kandidat selbst zum Wort. Der ganze nationale Pfaffenhaufen wurde vor den armen Zuhörern angeleert. Besonders stolz schien Herr Ulrich auf den Umständen Einfall zu sein, daß die Sozialdemokraten zwar nicht Vortränder, aber „Arbeitswucherer“ treiben, indem sie gegen die Einfuhr von Rußland, die den Arbeitslohn verbilligen würden. Kaum hatte der Kandidat geschlossen, so beantragte ein nationaler Mann, die Redezeit der Gegner auf — fünf Minuten zu beschränken. Das wurde zwar infolge des stürmischen Protestes der Sozialdemokraten abgelehnt, aber der Vorsitzende machte dafür den paar Genossen, die den nationalen Geschwätel die Ehre einer Widerlegung erwiesen, durch fortwährendes Unterbrechen und Bedrohung mit dem „Hausrecht“ das Leben sauer. In recht gedrückter Stimmung schloffen die Herren „Nationalen“ um 11 Uhr die Versammlung. Hatten sie irgendwelche Hoffnungen auf eine größere Stimmenzahl im sechsten Wahlkreis gehabt — die Versammlung hat diese ruhmlos begraben.

Die polnischen Sozialisten Berlins haben bei ihrer Raifete eine Resolution angenommen, die sich hauptsächlich mit der Reichstagswahl befaßt. Wir geben sie deshalb an dieser Stelle wieder. Die bei Feuerstein versammelten polnischen Sozialisten erklären sich mit dem Proletariat der ganzen Welt solidarisch und sind sich

stets bewußt, daß die am 1. Mai zum Ausbruch gebrachten Forderungen eine Notwendigkeit darstellen in dem Kampfe des Proletariats um die Erreichung der sozialistischen Ideale, daß sie zugleich aber nur eine Etappe bilden auf dem Wege des vollkommenen Sieges über die kapitalistische Gesellschaft!

Zur Verhinderung der hiesigen Gesellschaftsordnung eignen sich ganz besonders die bevorstehenden Reichstagswahlen.

Die Verammelten brüden der sozialistischen Reichstagsfraktion ihr volles Vertrauen aus und werden mit allen Kräften daran arbeiten, daß keine polnische Stimme auf irgend eine gegnerische Kandidatur fällt.

Ein Teil der hiesigen Polenkolonie versucht, ähnlich wie bei früheren Reichstagswahlen, für einen polnischen Kandidaten Stimmung zu machen. In einer am vorigen Sonntag abgehaltenen Versammlung wurde W. Chrzanowski aus Posen als Kandidat aufgestellt.

Die letzten Wahlen mit der Kandidatur des Pfarrers Pawrzyniak haben die hiesigen Sozialen und konservativen Elemente belehrt, daß die polnische Kolonie in Berlin doch gar zu sehr vom demokratischen Geiste angehaucht ist, als daß sie einem Manne wie Pawrzyniak, der allgemein als Reaktionsär belannt ist, ihre Stimme geben sollte.

Man fand daher eine demokratische Kandidatur, um auf diese Weise die Stimmen der hiesigen Arbeiterkraft zu gewinnen. Wir wissen jedoch, was wir von derartigen Vorkandidaturen zu erwarten haben; wir wissen, daß Herr Chrzanowski, wenn auch nicht direkt, so doch indirekt den Polstarris zu Hande bringen will, wir wissen ferner, daß ein solcher Vertreter kein wirklicher Verteidiger der Rechte der arbeitenden Klasse sein kann.

Die Polenhege, unter der wir zu leiden haben, bekämpfen in unvergleichlich härterer Weise die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie.

Wir alle gedenken noch des manhaften Auftretens des Genossen Kumer und hauptsächlich des Genossen Ledebour, welcher stets und unerbittlich die Germanisation und die nationale Bedrückung bekämpft, wie es die feige Polenfraktion niemals zu thun wagen würde.

Wer ein wahrer Pole ist, wenn die Sache der Arbeiterschaft am Herzen liegt, für den die Worte Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit keine leeren Phrasen sind, der gebe seine Stimme dem sozialistischen Kandidaten. Deshalb auf, Genossen, rüfste Euch zum Kampfe, laßt Euch nicht betrügen.

Es lebe der Sozialismus! Es lebe der erste Mai!

Verunglückte Wahlvogler. Im Jahre 1898 wurden wunderbarerweise bei der Hauptwahl in dem Dorfe Pessin (Wahlkreis Brandenburg-Westhavelland II) 17 Stimmen für — den Tischlermeister Pauli, der bekanntlich nicht dort, sondern im Kreise Osthavelland als Ordnungskandidat fungierte, abgegeben. Jetzt wird die Erklärung hierzu durch die „Spandauer Katze“ gegeben. Die in jenem Dorfe wohnenden Katholiken pflegen nämlich die Kirche in Pessin (Kreis Osthavelland) zu besuchen; so auch im Juni 1898. Bei dieser Gelegenheit (ob in der Kirche oder im Vorrath nicht gesagt) wurden die gläubigen Schäfchen von „jemand“ für die damals bevorstehende Wahl zu Gunsten Paulis bearbeitet. Dabei ließen aber die Traven in ihrer Herzensinnigkeit gänzlich außer acht, daß eben Pessin im Wahlkreise Westhavelland liegt, wo damals für die „Staatsverhaltenden“ der v. Loebell berühmten Angehörigen kandidierte. Wohlgerührt tröteten damals die guten Pessiner mit dem Pauli-Stimmzettel in der Tasche nach ihrem Heim zurück und wählten dann auch, gehoramt wie solche gläubigen Schäfchen nun einmal sind, am Tage der Wahl „Pauli“ statt v. Loebell! Das nennt man Pech! Dießmal werden unsere Freunde aber allen Wahlvoglern, gleichviel in welchem Rod sie fiedeln, gehörig auf die unfauberen Finger zeigen!

Eine trockene Versammlung, aber eine gute Versammlung, hatten wir am Sonntag in Wendisch-Buchholz (Wahlkreis Teltow-Beeskow). Seit 1898 hatten wir in dem Orte kein Versammlungslokal. Jetzt war es den dortigen Parteigenossen gelungen, den Saal des Gastwirts Krumbach zu einer Versammlung für Sonntag, den 3. Mai, zu bekommen. Raum war die Versammlung angemeldet, da wurde der Gastwirt zum Bürgermeister beschieden und ihm eröffnet, daß ihm seine Vertreterfunktion, die er vier Jahre unbeantwundet ausgeübt hatte, entzogen sei und er nichts mehr ausüben dürfe. Von der Schlichtung wurde ihm sogar (und der Schlichtung absolut, wenn er den Schlichterbrüdern den Willen thut) die Entziehung der Schlichterwürde angedroht. Die Versammlung fand trotzdem statt und Genosse Jubel schenkte in seinem Vortrage dem Bürgermeister und den Schlichterbrüdern nichts. Bei 25 Grad Raumwärme gab es während der ganzen Versammlung keinen Tropfen zu trinken; trotzdem hielten die Versammlungsteilnehmer bis zu Ende aus und nach Schluß der Versammlung meldete sich ein Aderbürger und stellte für den Fall, daß das Versammlungslokal wieder verloren ginge, seine Scheune zu Versammlungen zur Verfügung. Das hatte das schneidige Vorgehen des Bürgermeisters und der Schlichterbrüder zu Wege gebracht. Der gemahregelte Gastwirt quittierte über seine Maßregelung durch einen Beitrag zu unserm Wahlfonds.

Zur Organisation der Durchsicht der Wählerlisten hatte der Parteivorstand den Arbeitern empfohlen, auf den Arbeitsplätzen Listen der Wahlberechtigten anzufertigen, um mit ihrer Hilfe für mögliche Vervollständigung der Listen zu sorgen. Dazu schreibt die „Freisinnige Zeitung“:

„Es ist ungehörig, in Werkstätten und Fabriken, auf Bauten und Werklagen irgendwie Wahlgeschäfte wahrzunehmen. Was würde die Sozialdemokratie sagen, wenn in dieser Weise die Arbeitgeber als Eigentümer dieser Plätze vorgehen wollten?“

Wir würden uns freuen, wenn die Unternehmer an ihrem Teile dafür sorgten, daß jeder Wahlberechtigte in die Wählerlisten aufgenommen wird, damit er in die Lage kommt, sein Wahlrecht auszuüben.

Die ungeheuerlichen Beeinträchtigungen der Wahlsituation machen sich bereits wieder an den verschiedensten Orten geltend. Wir haben schon mehrere solcher Fälle mitgeteilt. Heute meldet die „Königsberger Volkszeitung“, daß in Preußisch-Ehlan am 3. Mai unruhige Flugblattverteiler Flugblätter und Stimmzettel durch Polizeibeamte weggenommen worden sind. Die Wegnahme von Stimmzetteln ist ein Grund zum Wahlprotest.

Im Wahlkreise Elbing-Marienburg war bisher noch kein Kandidat für unsere Partei aufgestellt. Die Aufstellung ist nunmehr vorgenommen worden; der Kandidat ist Genosse Arthur Crispian, Maler in Königsberg.

Kautsche Wahlhilfe.

Aus Sachsen wird uns zu dem von uns längst schon behandelten Kapitel der amtlichen Wahlhilfe für die Kartellparteien berichtet: Immer offenkundiger gestalten sich die massenhaft erlassenen behördlichen Versammlungsverbote zu einer Wahlhilfe für die Kartellparteien. Da die Säuberung der Sozialdemokratie drängt, ihre Versammlungen unter freiem Himmel abzuhalten und die Sympathie vieler Grundbesitzer für dies durch Ueberlassung gut umgrenzter und unzähliger Grundstücke ermöglicht, legen sich die Behörden ins Mittel, um dies zu verhindern. Was durch Beeinflussung der Grundstücksbesitzer nicht zu erzielen ist, wird mit der unglaublichen Anwendung jener neueren Bestimmung des Vereins- und Versammlungs-Gesetzes, wonach Minderjährige an politischen Versammlungen nicht teilnehmen dürfen, unternommen. Gehöfte oder von Gebäuden und Säumen weit von der Straße abgelegene Gärten und Plätze genügen auf einmal den Anforderungen der betreffenden Gesetzesbestimmung nicht mehr, nach Ansicht der Behörden besteht trotzdem die Gefahr, daß Minderjährige von der Ferne den Versammlungsordnern zuhören könnten, sie verbieten daher einfach die Versammlungen. So war auch am — wieder eine solche Versammlung verboten

worben in Plottitz bei Riesa, obgleich der Garten, in dem sie abgehalten werden sollte, geradezu einen einsamen Winkel bildet. Die zahlreich erschienenen Versammlungsbesucher waren darüber sehr erregt. In Riesa fand dagegen 2 Stunden später eine von 1000 Personen besuchte Wahlversammlung in Wrummers Garten statt, wo die Abgrenzung von andern Gärten nur durch Leinen vorgenommen war. Selbstverständlich merken auch die Landleute, daß es auf die Mundtoemachung der Sozialdemokratie abgesehen ist und so schlagen die Verbote oft in ihr Gegenteil um: die Sympathie der Landbevölkerung für die Partei wird durch sie erhöht.

Die massenhaften Verbote geben gutes Material zu Wahlprotesten, durch die dann die sächsische Praxis zur Verhinderung der Sozialdemokratie ins rechte Licht gerückt werden wird. Allerdings garantiert das Reichs-Wahlgesetz nur Versammlungen in geschlossenen Räumen, aber es ist klar, daß auch die ungebührliche Ausnutzung landesgesetzlicher Bestimmungen zur Verhinderung von Versammlungen unter freiem Himmel für die Wahlprüfungskommission des Reichstages Anlaß zur Beanstandung und Kassierung solcher Wahlen geben muß.

Uebrigens gehen unsere Redner und Wahlkandidaten trotz dieser Verbote in die betreffenden Orte und machen sich mit den betreffenden Bewohnern im Privatverkehre bekannt. So werden die aus der sozialistengesetzlichen Zeit herkommenden Praktiken durchkreuzt. Bis zur Wahl werden wir in Sachsen noch manches heitere Stückchen erleben; je mehr die Behörden gegen die Sozialdemokratie unternehmen, um so lebhafter wird die Bewegung.

Jeuitenkasse. Der Herr Graf Hoensbroech hat an unsere Parteigenossen in Pflaun (im sächsischen Wahlkreise) ein Schreiben gerichtet, worin es heißt: „Es kann doch nur unsere gemeinsame Sache, nämlich das Wohl der Bevölkerung fördern, wenn unsere Ansichten dem öffentlichen Urtheil unterstellt werden.“

Wir müssen doch ganz entschieden betonen, daß unsere Sache mit der des Herrn Grafen Hoensbroech gar nichts Gemeinsames hat. Die Vertretung des Wohles der Bevölkerung ist unsere Sache; des Grafen Hoensbroech Sache, des Kandidaten der sächsischen Kartellparteien, ist die Vertretung des Wohles der Protoucherey und der sächsischen Wahlrechts-Berüchtler. Wer sich den Protoucherey zur Verfügung stellt, soll doch offen sagen, was er will; zu behaupten, daß er das Wohl der Bevölkerung vertreten wolle, ist eine jesuitische Fausche.

Centrumskandidaturen. In Bonn ist wieder aufgestellt Dr. Spahn, in Krefeld Dr. Karl Vahem, in Trier Abg. Rintelen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Mai.

Saarabisches.

Sankt Johann, die Industriestadt im Königreiche Siam, war in der vorigen Woche der Schauplatz heftigen Aufruhrs. Seit dem 1. Oktober v. J. ist die Polizei „königlich“ geworden, und sie hatte offenbar das Bedürfnis, der neuen Würde gerecht zu werden. Kamentlich der Wachtmeister Mardian führte ein strammes Regiment.

In erster Linie wurde auf dem so fruchtbaren Felde der Polizeistunde mit aller Schneidigkeit vorgegangen. Darüber geriet der Wirt des Café Continental in Konflikt mit der Polizei. Die polizeilichen Chikanen führten schließlich dazu, daß für das Café die Polizeistunde bereits auf 8 Uhr nachmittags festgesetzt wurde. Das Publikum ergriff für den bedrängten Wirt Partei. Es kam zu Demonstrationen. Das Café wurde gewaltsam geschlossen. Der Wirt wurde — wie die dortigen bürgerlichen Blätter behaupten — wie ein Stück Vieh nach der Polizeiwache geschleppt. Infolge dessen entstand auf den Straßen eine wahre Polizeischlacht. Die Polizei zog blank und hieb unbarmherzig ein.

Auf der Polizeiwache wurden die Verhafteten in unerhörter Weise behandelt. 17 Personen wurden in einen Raum gepfercht, der kaum für sechs Platz hatte. Sie mußten die ganze Nacht über aneinander gedrängt stehen. Ein in die Mitte gestellter Topf diente zur Befriedigung unvermeidlicher Bedürfnisse. Einer der Betroffenen, ein Ingenieur, erklärte die Zustände für geradezu schweinisch.

Nun aber kommt das charakteristische Nachspiel. Während bei der durchaus „guteffizienten“ Bevölkerung durch die Polizei-Grzesse starke einmütige Empörung hervorgerufen wurde, war man auf dem Berliner Polizeiministerium offenbar entzündet. Als Vertreter des Ministers des Innern traf in St. Johann der Geh. Oberregierungsrat Maubach ein und dieser Herr richtete, wie der „Frankf. Ztg.“ gemeldet wird, an die versammelte Schutzmannschaft eine längere Ansprache, in welcher er den Schutzleuten für ihr energisches Einschreiten dankte und betonte, daß die junge königliche Polizei ihre Feuerprobe mit Glanz bestanden habe. Gegebenenfalls sollte noch energischer eingeschritten werden. Dem Polizeiwachtmeister Mardian, über dessen schroffes Auftreten in den Saarstädten nur eine Stimme des Unwillens herrscht und dem man die Entschädigung der ungewöhnlichen Grzesse allgemein zuschreibt, sollte Herr Maubach besondere Anerkennung. Nach der Versicherung eines Schutzmanns betonte Herr Maubach schließlich, die Anerkennung, welche er der Schutzmannschaft sollte, sei für die Öffentlichkeit bestimmt.

Nach solchem Verhalten des Regierungsvertreters wird man sich freilich nicht wundern, wenn derartige „polizeiliche Mißgriffe“ sich häufen.

Reserve-Uebungen am Wahltag. Die verlautet, wird die Anordnung einzelner Generalkommandos, wonach die Reserve- und Landwehr-Uebungen bei verschiedenen Truppenteilen in die Zeit der Reichstagswahlen verlegt worden waren, demnächst durch entsprechende Mitteilung an die einkaufenden Mannschaften aufgehoben werden.

Befördert! Nach einer Meldung der „Posener Neuesten Nachr.“ nahm der frühere Oberpräsident Dr. v. Bitter eine Aufsichtsstelle bei den Graflich Hensel-Donnersmarschen Gütternwerken an.

Die Vereinfachung eines Ansfässigen. Nach der „Kön. Volksztg.“ erstreift Graf Spee beim Landgericht in Cleve das Urteil, daß er über die Redaktion der „Rheinischen Volksstimme“ zu bestimmen habe, deren Redakteur Schreiner bei hundert Mark Strafe für jede Einzelkontroverfion jede Redaktionshandlung verbieten wird. So wird denn das von Schreiner eigenmächtig in agrarische Bahnen gesteuerte Schifflein der „Rheinischen Volksstimme“ wieder in das Fahrwasser des Centrums gelenkt. — Die Bauernopposition gegen das Centrum ist damit freilich noch nicht beseitigt, vielmehr verlautet, daß dieselbe in mehreren Wahlkreisen besondere Kandidaten gegen das Centrum aufstellen will, so in Bonn, Reuß, Cleve, Düren.

Unabhängige Leute. Es erscheint kaum möglich, den heutigen Freisinn tief genug einzuschlagen. Auf der preussischen Konferenz vom 26. April war betont worden, daß die Freisinnigen für die Wahlmännerwahlen unabhängige Kandidaten aufstellen müßten, die gegebenenfalls auch für einen sozialdemokratischen Abgeordneten stimmen könnten. Der Referent hatte darauf hingewiesen, daß es in der Vorkonferenz noch hinreichend viel demokratische Elemente gäbe. Jetzt stimmt selbst die „Breslauer Morgen-Zeitung“, die bisher für ein Blatt der entschiedeneren Richtung galt, in den Jammer der Tante Wof ein — auf diese Weise liefert die Sozialdemokratie liberale Siege, namentlich auch die Breslauer, der Reaktion aus. Man hat uns Breslauer den ausgesetzten Rat gegeben, wir möchten unabhängige Leute als Wahlmänner aufstellen, die es riskieren könnten, bei der Abgeordnetenwahl für den Sozialdemokraten zu stimmen. Ja, aber wo diese Leute hernehmen?

so wimmert das linksliberale Blatt. Ein so jämmerliches Zeugnis für die Abhängigkeit und Ohnmacht des „freien Bürgerthums“ einer deutschen Großstadt haben wir doch nicht erwartet! Und die Sache wird nicht besser, wenn die „Dr. W.-Ztg.“ sich entschuldigend darauf beruft, daß bei öffentlichen Wahlen ja auch die sozialdemokratischen Wähler vielfach zu Hause bleiben, so daß es gelegentlich der letzten Stadtverordnetenwahlen die Sozialdemokratie in Bezirken, die bei den Reichstagswahlen sozialdemokratische Hochburgen sind, auf nicht mehr als auf 90—100 Stimmen gebracht hat. Die „Dr. W.-Ztg.“ möge bedenken, daß es gerade bei den Stadtverordnetenwahlen vielfach die materielle Abhängigkeit der Arbeiter von den Liberalen ist, die die Arbeiter von der Ausübung ihres Wahlrechts zurückhält. Die „Liberalen“ aber können sich nur mit der Furcht vor der Regierung oder vor den ausgesprochensten Reaktionsären entschuldigen, und da behaupten wir nach wie vor, es ist möglich, in allen Breslauer Wahlbezirken liberale Wahlmänner-Kandidaten aufzustellen, die unabhängig genug sind, bei der Abgeordnetenwahl neben zwei freisinnigen auch einem sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme zu geben. Höchstens könnte man sagen, daß man innerhalb der liberalen Kreise diese unabhängigen Elemente nicht aufkommen lassen will; ist das aber der Fall, so sollten diese unabhängigen Elemente sich nicht länger mißbrauchen lassen, sondern bei der Wahlmännerwahl sofort für die sozialdemokratischen Kandidaten stimmen.

Freisinnige Scharmacher.

Das Organ für die Freisinnige Volkspartei des Kreises Ober-Barnim, die „Eberswalder Zeitung“, bringt folgende Notiz: **Neueingänge. Revolverentant und Brandstiftung.** Vom Streik-Kriegsschuss ist zu berichten, daß am Montagabend ein Mann auf offener Straße ohne Grund und Ursache auf den Kaufmann G. Dürrenfeld aus einem Revolver drei scharfe Schüsse abgab, ohne ihn jedoch zu verletzen. Der Attentäter ergriff die Flucht, wurde aber von einem Radfahrer M. und Dürrenfeld eingeholt. Am Dienstagmorgen wurde der Thäter nach Eberswalde transportiert und ins Gerichtsgefängnis abgeliefert. Am Dienstagabend gegen 11 Uhr der isoliert an der Eberswalder Chaussee stehende, mit Rohr gedeckte Hohlenschuppen des Herrn Domänenpächters und Ziegeleibesitzer Gustav Hoff hier selbst in Brand gesetzt, welcher gänzlich niederbrannte. Zwecklos liegt Brandstiftung vor. Der Schuppen war unbesichert und da dies nur wenigen Personen, jedenfalls keinem Fremden, bekannt war, so glaubt man den Thäter in der Nachbarschaft suchen zu müssen.

Der Verfassers der lauberen Notiz macht nicht etwa den Versuch, nachzuweisen, daß die Verbrennen von streikenden Arbeitern begangen sind. Ihm genügt, daß in der Gegend, in der ein Streik stattfindet — wohlverstanden ein Streik, bei dem die isolierten Unternehmer die Arbeiter ausgeperrt haben, weil sie nicht ihrer Gewerkschaft den Rücken kehren wollen — um die streikenden Arbeiter in dieser gemeinen Weise zu verächtigen. „Wir sind nicht gegen Streiks“ hat der freisinnige Kandidat in einer Fährtenversammlung erklärt.

Aber wenn die Arbeiter sich ihrer Haut wehren und streiken, dann werden ihnen im Stil der Denkschrift zur Zuchthausvorlage alle möglichen Verbrennen angedichtet; die „Volkspartei“ entwickelt sich! Das nächste Mal wird sie wohl schon für eine Zuchthausvorlage stimmen!

Aus dem Reich der Ungnade. Zu dem bereits erwähnten Rücktritt des Erbprinzen von Meiningen vom Kommando des VI. Armeecorps schreibt die „Dresd. Morgenztg.“:

„Es heißt, daß dieser überraschende Entschluß des Erbprinzen in engstem Zusammenhange stehe mit dem vielbesprochenen Erlasse des Corpskommandeurs gegen die Soldatensoldaterei. Wir nehmen Abstand, von den mancherlei Gerüchten Notiz zu nehmen, welche über die näheren Umstände dieses Ereignisses in Umlauf sind, und registrieren nur soviel, daß der Abschied des Erbprinzen sich in den sonst üblichen Formen nicht vollzogen haben soll.“

Man erinnert sich, daß die offiziöse Presse seiner Zeit sich sehr unwillig über den Erlaß geäußert hat. Auch gegen den Alkoholmißbrauch in der Armee hatte der Erbprinz einen Erlaß gerichtet.

Bermenspflicht. Das Wörfliche Telegraphen-Bureau hatte gestern gemeldet, daß Luise von Toskana von einer Prinzessin entbunden worden sei. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ ist der Meinung, daß das angebene Kronprinzessinnen das Recht erwirkt haben, **Prinzessen** zu gebären, und so redigiert sie feinsinnig die „Prinzessin“ in eine „Tochter“ um.

Man merke sich also: Kronprinzessinnen bringen Prinzessinnen auf die Welt; sind sie aber geschieden, dürfen sie Töchter gebären.

Vom Pferde.

Der neue Polstarris enthält eine außerordentliche Erhöhung der Pferdepreise. Während bisher der Zoll auf Pferde nach dem allgemeinen Tarif 20 M. per Stück betrug, der nach dem Vertragstarif für Pferde unter zwei Jahren auf 10 M. herabgesetzt ist, soll nach dem neuen Polstarris der Zoll je nach dem Werte des Stüdes 30 M. bis 360 M. betragen. Aus den Ergebnissen der letzten Viehzählung ist zu ersehen, daß die deutschen Pferdezüchter wahrlich keinen Grund zur Klage haben, und daß es durchaus unberechtigt ist, die Pferdezuucht durch solche ungeheuren Hölle zu jähigen. Es hat sich von 1892 auf 1898 die Pferdebestand in Deutschland von 3.836.273 Stück auf 4.195.816 Stück erhöht und der nach Schätzungen landwirtschaftlicher Sachverständigen festgestellte Durchschnittspreis für ein Pferd stieg in dem genannten Zeitraum von 491 M. auf 561 M., also um über 14 Proz. Wie sich insbesondere die Preise für verschiedene Gruppen jüngerer Pferde und für Zuchtengste in einigen der wichtigsten Pferdezuuchtgebiete entwickelt haben, darüber belehrt folgende Tabelle:

Durchschnittspreis in	Pferde im Alter von				Zuchthengste					
	unter 1 Jahr 1892/1900	1 bis 2 Jahre 1892/1900	2 bis 3 Jahre 1892/1900	3 bis 4 Jahre 1892/1900						
Ostpreußen . . .	122	160	205	256	308	386	437	503	1559	2005
Westpreußen . . .	119	157	197	220	278	301	367	389	1155	1663
Posen	99	119	182	201	266	294	351	410	886	1464
Schleswig-V. Holst.	241	276	371	450	512	599	664	773	3220	3150
Mecklenburg-V. Schwerin . . .	265	266	339	390	532	507	666	649	3022	2717
Oldenburg . . .	255	288	430	427	621	632	767	749	3637	4729
Elb- u. Lothringen	142	179	220	273	315	367	407	473	899	1361

Danach weist nur Mecklenburg einen allgemeinen Preidrückgang und Schleswig noch einen Rückgang der Preise für Zuchthengste auf, im übrigen ist allenthalben eine erhebliche Steigerung zu konstatieren, die teilweise sogar bis über 60 Proz. ansteigt. Bei solchem Sachstande wird es dem Lohnfabrikanten und Keinen Bauern wohl schwerlich einleuchten, daß eine weitere erhebliche Vertueuerung der Pferde durch Erhöhung des Jokes notwendig ist.

Herr Max Lorenz, der Sozialistenführer, schuldete aus seiner sozialdemokratischen Zeit der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ noch immer 300 M., was ihm häufig öffentlich vorgehalten wurde. Er hat jetzt in angeborener Roblesse der Expedition unseres Parteiblattes das Geld zurückgezahlt.

Stuttgart, Anfang Mai. (Eig. Ber.) Der württembergische Landtag wird am 12. Mai wieder zusammentreten, um endlich den ungemün befreiten Staatsetat, der am 1. April schon in Geltung treten sollte, fertig zu stellen. Es besteht jedoch auch die Absicht, vorher noch einmal den Versuch zu machen, die Steuerreform zu Stande zu bringen. Es handelt sich noch darum, Ueber-einstimmung der zweiten Kammer mit den abweichenden Beschlüssen der ersten Kammer zu erzielen. Die letztere besteht darauf, bei dieser Gelegenheit das Recht zu erhalten, den Budget im einzelnen mitzubringen zu dürfen, und es besteht die Gefahr, daß die bürgerliche Mehrheit unter Führung des Centrums auf diese sendale Zumutung eingeht.

Ausland.

Frankreich.

Rundgebung in Journies. Paris, 4. Mai. (Fig. Ver.) Die Schlägerei von Journies während der Waiseier 1891 hatet noch frisch in der Erinnerung des internationalen Proletariats. Die fallblütige Niederschlagung friedlicher Manifestanten — das war der Dank der Bourgeoisrepublik an das Proletariat für dessen Hilfe bei der Niederwerfung des Boulangerismus.

Wie tief die blutige Episode des Massenkampfes sich im Gedächtnis der Massenbewussten französischen Arbeiter eingegraben hat, das hat die gestrige imposante Massenrundgebung anlässlich der Einweihung des schlichten Denkmals der Waiseier fallen gezeigt.

Von der Sozialistischen Partei Frankreichs (Revolutionär-Socialistische Einigkeit) veranstaltet, hat sie außer der proletarischen Bevölkerung von Journies und Umgebung eine große Anzahl Delegierter aus dem Nord-Departement und Vertreter der Partei-Föderationen aus dem ganzen Lande herangezogen. Von den ausländischen Parteien waren durch Delegierte vertreten: die belgische Arbeiterpartei, die russische Socialdemokratie und die Partei der russischen Socialrevolutionäre. Sympathie-Adressen aus dem Auslande sind eingetroffen von der deutschen Socialdemokratie, von der spanischen Arbeiterpartei, von der russischen und der polnischen Socialdemokratie.

Am Vorabend der Denkmalsenthüllung wurde im Theaterfaal eine Versammlung abgehalten, an der sich 2000 Personen beteiligten. Den Vorsitz führte Paul Lafargue, der im Gefolge der Journies-Schlägerei in einem Tendenzprozess von der Massenjustiz zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden war. Die Versammlung votierte folgende Resolution: „Die Bürger von Journies halten unerschütterlich an der Revolutionär-Socialistischen Einigkeit fest. Sie gedenkt die Toten von 1891, verpflichtet sich, sich auf dem Boden des Massenkampfes zu organisieren und rufen: „Hoch die sociale Revolution.“

Am dem Straßenumzuge nach dem Friedhofe beteiligten sich nach den vorliegenden Nachrichten etwa 10 000 Personen. Hinter den voranzitragenden zahlreichen Kränzen marschierten Lafargue und die Abgeordneten Vaillant, Delany, Constant und Dufour. Ueber der Menge wehten zahlreiche rote Fahnen. Der Umzug und die Feier am Denkmal der Märtyrer verliefen in gehobener Stimmung. Und da die Behörden die aufgebotene polizeiliche und militärische Macht weitab vom Schauplatz der Rundgebung aufgestellt hatten, so kam es zu keiner Aufrüstung.

Anlässlich der Denkmalsfeier hatte der „Socialiste“, das öffentliche Zentralorgan der P. S. de F., eine rote Festnummer erscheinen lassen, in der namentlich Beiträge ausländischer Socialdemokraten veröffentlicht sind, an der Spitze ein Artikel von Karl Kautsky: „Der erste Mai und die Solidarität der Klassen“, der zugleich die Kritik des leitenden Bourgeoisblattes „Temps“ und — Gerault-Richards in der „Petite République“ hervorgerufen hat. Dann folgen Aufsätze von Hyadman, Plechanoff, Clara Zetkin, Enrico Ferri, Wandervelde, Jalefski und Womerosoffa.

Die jauresistische Partei ist der Rundgebung ferngeblieben, trotzdem der ministerialistisch gebundene Gemeinderat von Journies den neulichen Bordeaux-Kongress in einer Depesche und in einem Briefe um Entsendung von Delegierten gebeten hatte.

England.

Die Schulvorlage für London.

London, 1. Mai. (Fig. Ver.) Im Unterhause wurde die Londoner Schulvorlage in zweiter Lesung mit 800 gegen 163 Stimmen angenommen. Die irische Opposition stimmte mit der Mehrheit. Die Vorlage wird in den Kommissionsberatungen ohne Zweifel bedeutenden Änderungen unterzogen werden. Die Regierung erklärte sich bereit, dem Grafschaftsräte einen größeren Einfluss einzuräumen. Aber das Grundübel kann nicht mehr beseitigt werden. Die Kirchenschulen erhalten eine gesicherte finanzielle Grundlage, und die Londoner Lehrer werden vielfach unter religiösen Fesseln zu leiden haben, da ihre Anstellung und Entlassung von den reaktionären Verwaltungen der einzelnen Gemeinden Londons abhängig bleibt.

Frühzeitiger Ladenausschluss. London, 1. Mai. (Fig. Ver.) Lord Abernethy (Sir John Lubbock) Gesetzentwurf betreffend frühzeitigen Ladenausschluss wurde vom Oberhause in dritter Lesung angenommen und wird nächstens dem Unterhause zur Beratung zugehen. Der Gesetzentwurf bedeutet vorläufig sehr wenig. Er giebt keine festen oder allgemeinen Normen zur Bestimmung der Arbeitszeit der Ladenangestellten, sondern stellt es den Ladeninhabern der einzelnen Gemeinden anheim, durch Zweidrittelmehrheit über frühzeitigen Ladenausschluss zu entscheiden. Kommt eine derartige Resolution zu stande, so wird sie dem Ministerium des Innern zur Befürwortung vorgelegt. Nach Erlangung der ministeriellen Sanction wird die Resolution für die betreffende Gemeinde verbindlich. Im Sinne der Bill ist frühzeitiger Ladenausschluss nicht immer mit Verkürzung der Arbeitszeit identisch. Denn es wird den Ladeninhabern gestattet, ihre Angestellten auch nach Ladenausschluss innerhalb der Geschäftsräume arbeiten zu lassen. Man sieht, die Bill ist nur ein ganz schwacher Versuch zur Beseitigung der vielen und schweren Missstände, unter denen die Ladenangestellten zu leiden haben. Nichtsdestoweniger stieß ihre Annahme auf heftigen Widerstand. Ihr Gegner, der Graf von Wemyss, erinnerte daran, daß die moderne Lehre der Arbeiterpartei die Unterwerfung des Eigentums unter die Kontrolle einer Arbeiter-Regierung verlange. Die Bill sündigt gegen die Geleite des Wirtschaftslebens und raubt uns und unsern Kindern das unschätzbare Erbe der Freiheit. Der edle Graf ist Führer der „Liga für Freiheit und Eigentum“, die die Grundsätze des individualistischen Anarchismus verteidigt.

Irische Landbill. Im Unterhause sind gestern die irische Landbill zur Verhandlung. John Redmond (Ire) unterstützte den Gesetzentwurf, welcher eine noch nicht dagewesene gute Gelegenheit bietet, in Irland den sozialen Frieden herzustellen. Zwar enthalte die Bill noch schwere Mängel, aber er hoffe, die Regierung werde Abänderungsanträge dazu annehmen. Cobden (Ions.) beantragt die Ablehnung der Bill mit der Begründung, daß sie zu „Homereue“ führen würde und dem englischen Steuerzahler eine ungebührlich schwere Last auferlege. Premierminister Balfour erklärt, der Gesetzentwurf beachtliche eine festeren Fäden zu beseitigen, welche in Irland jede politische Bewegung verschlimmerte, die sonst harmlos sein würde. Campbell-Bannerman (Lib.) spricht seine Zustimmung zu den Grundsätzen der Vorlage aus.

Nachdem noch mehrere Redner im Princip ihre Zustimmung zu der Vorlage ausgesprochen hatten, wurde die Verhandlung vertagt.

Dänemark.

Ein Haß der Wahlrechtsverschlechterer. Die auf Veranlassung des Justizministers Alberti zur Sammlung von Unterschriften ausgelegte Petition für sofortige Einführung des proportionalen Systems bei den Stadtverordnetenwahlen in Kopenhagen ist jetzt endlich dem Ministerpräsidenten Deunger zugefickt worden. Die Petition hat es, trotzdem sie nahezu 2 Monate auslag, nur auf 10 775 Unterschriften gebracht, wogegen die Petition der Socialdemokraten für Einführung des allgemeinen kommunalen Wahlrechts in Verbindung mit dem proportionalen System innerhalb 14 Tagen 45 746 aufzuweisen hatte. Albertis Petition wurde bereits am 7. April offiziell eingezogen, das Resultat war aber damals so erbärmlich, daß man sich nicht damit an die Öffentlichkeit getraute und die Sammlungen fortsetzte. Es wurde dann in fast allen Zeitungen annonciert und den Zuschauern von Unterschriften sogar das Briefporto vergütet, dennoch hat sich, da es 44 705 kommunale Wähler in Kopenhagen giebt, nicht einmal der vierte Teil für Albertis Petition erklärt. Wenn Deunger nun die beiden Petitionen vergleicht, kann er jedenfalls über das, was das Volk von ihm verlangt, keinen Augenblick im Unklaren sein.

Rußland.

Ueber die Waiseier in Warschau geht uns ein weiterer Bericht zu, der den von uns gestern gebrauchten ergänzt: Vor der Waiseier sind von den Genossen in Warschau, wie alljährlich, Versuche gemacht worden, um eine einheitliche und gemeinsame Feier zu veranstalten. In Rußisch-Polen existieren bekanntlich drei verschiedene Organisationen: die Socialdemokratie Rußisch-Polens und Litauens und der jüdische Arbeiterbund (welche beiden Parteien auf dem gemeinsamen Boden mit der russischen Socialdemokratie stehen und um die politische Freiheit in ganz Rußland kämpfen), sowie die „Polnische socialistische Partei“. Durch den Widerstreit unter diesen Gruppen mißlang jedoch auch in diesem Jahre die einheitliche Feier.

Trotzdem ist die Waiseier sehr gut gelungen. Die Hauptdemonstration fand statt auf dem Zielony-Platz, mitten in der Stadt, wo die Socialdemokratie Rußisch-Polens gemeinsam mit dem jüdischen Bund die Arbeitermassen in einen Zug ordnete und durch die Stadt führte. Vor dem Zuge wurde eine rote Fahne entfaltet mit der Aufschrift: „Nieder mit dem Absolutismus! Es lebe die Socialdemokratie!“ Es kam zu einem Zusammenstoß mit der Polizei und den Kosaken, jedoch der zersprengte Zug schloß sich ein paarmal wieder zusammen. Mehrere Genossen von der Socialdemokratie und vom Bund wurden verhaftet, aber zum Teil gleich wieder von der Menge befreit.

Von der Socialdemokratie Rußisch-Polens wurde kurz vor der Waiseier massenhaft die Rainummer des Agitationsorgans der Partei: „Die rote Fahne“, verbreitet, ferner ein Flugblatt, in dem es heißt: „Nicht allein marschirt Ihr in den Kampf, polnische Arbeiter, die Proletarier aller Nationalitäten und ganz Rußlands marschieren mit Euch! Schließt Euch alle dem Kampfe um die politische Freiheit an. Denn ohne die politische Freiheit könnt Ihr niemals die kapitalistische Ausbeutung abbrechen.“ — Mag die polnische Arbeiterklasse Hand in Hand mit dem Arbeitervolk ganz Rußlands, unter der gemeinsamen Fahne der Socialdemokratie, gegen den zarischen Despotismus auftreten, und die Zwangsbürg der politischen Anechtenschaft fällt in Stücke, die Bahn wird frei zum Kampfe für die socialistische Umwälzung!

Die Hauptbedeutung der diesjährigen Waiseier in Rußisch-Polen, die besser gelungen ist, als seit mehreren Jahren, liegt auch in der Demonstration der völligen Solidarität der polnischen Arbeiterschaft mit der russischen Bewegung. — Nähere Angaben über die Opfer der Waiseier sehen noch aus

Türkei.

Die Wirren in Macedonien. Die Meldungen von der Balkanhalbinsel lassen erkennen, daß wichtige Veränderungen der Lage in Saloniki nicht eingetreten sind. Ueber die Stadt Saloniki ist der Belagerungszustand verhängt und wird von den türkischen Behörden eifrig nach den Anstiftern der Dynamitananschläge gesucht. Die Professoren des bulgarischen Gymnasiums, welche, wie seitens der Behörden behauptet wird, die revolutionäre Bewegung leiten, sind alle verhaftet worden. Der Vorsitzende des Ausnahmegerichts Edib Pascha ließ gleich nach seiner Ankunft überall in der Stadt bekannt machen, daß der Sultan ihm den Auftrag gegeben, die Schuldigen streng zu bestrafen. In Saloniki hielt die Polizei Hausdurchsuchungen bei Bulgaren ab, wobei sie einen Vorrat an Dynamit fand.

Die Flotte der Mächte, die zur Zeit im Hafen von Saloniki vor Anker liegt, besteht aus drei österreichischen, drei italienischen und einem französischen Kriegsschiff. Das deutsche Stationschiff „Coreley“ trifft erst morgen ein.

Um die Deforagnisse der türkischen Regierung betreffs der Flottenansammlung zu zerstreuen, veröffentlichte die Wiener „Polit. Korr.“ eine längere offiziöse Note, in der es zum Schluß heißt: „Ganz unberechtigt wäre es, in der Entsendung einiger fremder Kriegsschiffe das erste Anzeichen einer von den Revolutionären Macedoniens angestrebten Intervention der Mächte zu suchen. Die Mächte denken nicht an eine Intervention und halten an der Ueberzeugung fest, daß die Mächte zunächst berufen ist und auch die Kraft besitzt, der macedonischen Schwierigkeiten Herr zu werden. Die Anwesenheit der fremden Kriegsschiffe wird nur so lange dauern, als es die Sicherheit der fremden Staatsbürger erheischt.“

Aus Industrie und Handel.

Außenhandel der deutschen Eisenindustrie im ersten Vierteljahr 1903. Nach einer Zusammenstellung der „Rhein. Westf. Ztg.“ betrug die gesamte Ausfuhr von Eisen und Eisenwaren nach den Ausweisen des kaiserl. Statistischen Amtes in den ersten 8 Monaten dieses Jahres 901 456 Tonnen gegen 780 383 Tonnen im ersten Viertel 1902 und 457 841 Tonnen in der gleichen Zeit des Jahres 1901. Die Zunahme beläuft sich demnach gegenüber dem Vorjahr auf 23 Proz. und gegenüber 1901 auf nicht weniger als 97 Proz. Die gesamte Eiseneinfuhr belief sich in der Berichtsperiode auf 59 685 Tonnen gegen 53 864 bezw. 105 781 Tonnen in den beiden Vorjahren, sie weist somit gegen das erste Viertel 1902 eine Erhöhung von 11 Proz. auf, bleibt aber gegen die Einfuhr des korrespondierenden Zeitabschnittes 1901 noch um etwa 43 Proz. zurück. Die Zunahme der Ausfuhr erstreckt sich zumeist auf Roheisen und Halbzeug, von dem insgesamt 302 937 Tonnen ins Ausland gefahrt wurden gegen 187 284 Tonnen im ersten Viertel 1902 und nur 50 522 Tonnen im ersten Viertel 1901; d. h. die Ausfuhr an Roheisen und Halbzeug hat sich seit 1901 verdoppelt. Auch die Ausfuhr fertiger Produkte weist gegenüber den beiden Vorjahren eine Steigerung auf. Die Ausfuhr an Fertigprodukten der Eisenindustrie belief sich nämlich im Berichtsquartal auf 570 809 Tonnen gegen 495 078 Tonnen beziehungsweise 383 560 Tonnen in den beiden Vorjahren: eine Zunahme von 15 bezw. 49 Proz.

Auf dem amerikanischen Eisenmarkt hat nach dem Wochenbericht des „Ironmaster“ die Nachfrage noch weiter nachgelassen. „Gegenwärtig“, heißt es in diesem Bericht betreffs des Roheisens, „die Vorräte gering und die Werke mit Aufträgen so gut versehen, daß ein Rückgang vor Mitte des Sommers nicht wahrscheinlich ist. Die Produktion nimmt indes stärker zu als der Verbrauch, so daß es nur eine Frage der Zeit ist, daß der Markt ein normaleres Aussehen annehmen wird als in den letzten beiden Jahren. Auf dem Stahlmarkt machen sich Anzeichen eines Rückganges bemerkbar, und es wird mitgeteilt, daß große Verkäufe von deutschen Stahlmüllern zu 20 Dollar inf. Soll vorgenommen worden sind. Man glaubt, daß ein Preisrückgang in diesem Artikel, in welchem die Situation gegenwärtig kritisch ist, sich vollziehen wird.“

Vereinigung des Bergwerks Sibernia mit der Zeche Blumenthal. Schon im Februar liefen Gerüchte an der Börse über eine Verschmelzung der Zeche General Blumenthal mit der Bergwerks-Gesellschaft Sibernia um. Eine Bestätigung erhalten diese durch die Mitteilung der „Rhein. Westf. Ztg.“, daß gestern im Anschluß an die Gewerkschaftsversammlung der Bergwerks-Gesellschaft Sibernia in Düsseldorf eine vertrauliche Besprechung stattgefunden hat, zu der die Presse keinen Zutritt hatte. Es wurde über die Angliederung der Bergwerks-Gesellschaft General Blumenthal an eine große Bergwerks-Gesellschaft oder den Verkauf der Bergwerks-Gesellschaft an eine solche verhandelt. Die Bergwerks-Gesellschaft Sibernia hat, wie das „Berliner Tageblatt“ der Meldung hinzusetzt, eine Belegschaft von ca. 4000 Mann, eine Förderung von ca. 870 000 Tonnen und eine Coalsproduktion von ca. 28 000 Tonnen. Sie fördert Gas- und Gasflammstoffe sowie Fettsäure. Die Aktien des Bergwerks Sibernia erlöhren heute eine Kurssteigerung um etwa 2 Prozent. Die Auxe der Bergwerks-Gesellschaft Sibernia wurden gestern 15 600 M., 15 800 M. notiert. Heute stellte sich der Kurs auf 15 800 M., 16 100 M. Die Lage der Bergwerks-Gesellschaft Sibernia repräsentieren zu dem gegenwärtigen Kurse ungefähr ein Kapital von 16 Millionen Mark.

Rumänischer Rentenauflösungsschwindel. Wie das „B. Z. V.“ aus Bukarest meldet, ist in dem dortigen Amtsblatt ein königliches Dekret

beröffentlicht worden, laut welchem Befehl Regelung der Forderungen der Fose für Amortisierung der öffentlichen Schuld eine ständige Forderungskommission eingesetzt wird. Damit soll wahrscheinlich eine Kontrolle darüber geschaffen werden, daß Betrügereien bei der Rentenauflösung, wie sie kürzlich entdeckt wurden, nicht mehr vorkommen. Diese Einrichtung wird aber so lange kein Vertrauen für sich beanspruchen können, als das Ministerium Sturdza am Ruder ist. Denn Sturdza selbst hat im Jahre 1887 jene Betrügereien zum erstenmal eingeführt, nicht für seinen eignen Vorteil, wohl aber im „patriotischen Interesse“ und 1901 haben unter dem Finanzminister Ballade, wie ebenfalls festgestellt worden ist, umfangreiche falsche Forderungen zum Vorteil der Staatskasse stattgefunden. Ein Ministerium, das zu solchen Manipulationen seine Zulassung nimmt, hat auf Vertrauen keinen Anspruch und es ist nur verwunderlich, daß dies in Bukarest nicht auch empfunden wird.

Versammlungen.

Die Berliner Jahreshilfe des Metallarbeiter-Verbandes hielt am Montag in der „Neuen Welt“ ihre stark besuchte ordentliche Generalversammlung ab. Zunächst gab Behold den Kassensbericht vom ersten Quartal dieses Jahres. Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse bilanzierte in der Summe von 111 253,69 M. Die Lokalasse weist einen Bestand von 145 218,28 M. auf. An Streich-, Maßregelungs- und Ortsunterstützung sowie für Rechtschutz und Kleingeld sind insgesamt 80 405,45 M. verausgabt worden. Dem Rendanten wurde Decharge erteilt. Die Mitgliederzahl ist auf 34 402 angewachsen, darunter 1263 weibliche; sie ist in andauerndem Wachstum begriffen. Behold begründete sodann einen Antrag auf Erhöhung der Lokalbeiträge von 20 Pf. pro Monat auf 10 Pf. pro Woche. Bei den stetig steigenden Ausgaben für Streich- und Maßregelungen seien die Mitglieder vor die Frage gestellt, entweder die Zeitdauer der Unterstützungen zu kürzen oder die Lokalbeiträge zu erhöhen. Redner empfiehlt aus verschiedenen Gründen das letztere. — Nach einer Debatte wurde der Antrag gegen wenige Stimmen angenommen. Da wahrscheinlich auf dem demnächst stattfindenden Verbandstage eine allgemeine Erhöhung der Wochenbeiträge auf 40 Pf. beschlossen wird, so hätten die Berliner Metallarbeiter vom 1. Juli ab einen Beitrag von 50 Pf. pro Woche zu leisten, der ihnen von da ab durch eine Einheitsmarke quittiert werden soll. Weibliche Mitglieder bleiben von der beschlossenen Mehrleistung befreit. — Eine ausgedehnte Debatte riefen darauf die Anträge auf Errichtung eines Zweigbüros für den Norden Berlins und Anstellung von drei resp. zwei weiteren Beamten hervor. Den ersteren Antrag beifürwortete Hande aus Gründen praktischer und agitatorischer Natur, derselbe wurde jedoch mit großer Majorität abgelehnt. Betroffs des zweiten Antrags stimmte die Versammlung dem Vorschlage der Vertrauensmännerkonferenz zu, wonach wegen notorischer Ueberbürdung der jetzigen Beamten zwei neue Beamte angestellt werden sollen. Gewählt wurde Behrend, zwischen Ficius und Wuschil findet noch eine Stichwahl statt.

Der Verband der Abbaspolierers hielt am 27. d. M. in der „Königsbahn“ eine Versammlung ab, in welcher Herr Gewerbeinspektor Dr. Fischer über „Arbeiterfänger-Gesetze“ referierte. Redner besprach im allgemeinen die hauptsächlichsten Paragraphen der Reichs-Gewerbe-Ordnung und ging dann speziell auf die Schädlichkeit der zum Folieren der Möbel verwandten giftigen Farbstoffe und schlechten Materialien über. Jedoch sei durch die jahrelange Agitation der Arbeiter in betreff Abschaffung des mit Piridin denaturierten Spiritus und der ungereinigten Öle (sogenanntes Schleißöl) bedeutende Besserung schon eingetreten, denn es waren bei 1000 Untersuchungen der in der Branche beschäftigten Personen nur 64 Erkrankungen an Hautauschlägen und Augenentzündungen festzustellen. Der Referent schloß seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit der Bitte, sich in allen die Arbeitssäume oder die zur Verwendung kommenden Materialien nicht den sanitären Anforderungen entsprehen, wüßig an die Gewerbe-Inspektoren persönlich zu wenden, sie können dieses um so eher thun, als die Namen der Beschwerdeführer nicht genannt werden brauchen. — Die dem Vortrage folgende Diskussion war eine sehr ausgedehnte und beteiligten sich hieran außer Herrn Dr. Wagner die Kollegen Wolf, Weber und Rischke.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein Soldat als Mörder.

Hannover, 5. Mai. (W. Z. V.) Vom Kriegsgericht der 19. Division wurde heute der Fusilier Jacobowski vom 73. Infanterie-Regiment, der eine 70jährige Frau ermorde und beraubt hatte, zum Tode und Ausstoßung aus dem Heere verurteilt.

Sum Waiseier Vorderausstand.

Marselle, 5. Mai. (W. Z. V.) Zwischen den ausländigen Dockarbeitern und den Reedern fand heute eine Konferenz statt. Die Forderungen der Arbeiter sind von den Reedern im großen und ganzen angenommen worden, speziell der Reinstudentag bei 8 Fr. Lohn. Es bleiben nur noch einige unwesentliche Fragen zu erledigen. Die Ausstandsbebewegung kann somit als beendet betrachtet werden.

Dampfer-Zusammenstoß.

New York, 5. Mai. (W. Z. V.) „Evening World“ meldet, in der Nähe der Insel Bog Lian an der Küste von Virginien die amerikanischen Rüstendampfer „Hamilton“ und „Saginaw“ im Rebel zusammengestoßen. „Saginaw“, mit 20 Passagieren und 40 Mann Mann Besatzung an Bord sei gesunken, 20 bis 30 Personen seien dabei ertrunken.

Frankfurt a. M., 5. Mai. (W. Z. V.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Konstantinopel: In der ersten Sitzung des Internationalen Schiedsgerichts zwischen der Pforte und der Dette publaine wurden die Vollmachten ausgetauscht und der belgische Staatsminister Veernaert zum Vorsitzenden gewählt. In der nächsten am Donnerstag stattfindenden Sitzung werden die Konfusionen der Pforte verlesen und die Waidhörer beginnen.

London, 5. Mai. (W. Z. V.) Oberhaus. In Erwiderung auf eine Anfrage über die Wagdad-Eisenbahn und britische Politik am Persischen Golf führt Lord Lansdowne aus, es seien keine Verhandlungen mit den Gründern der Wagdad-Eisenbahn oder mit den fremden Regierungen gepflogen worden. Es hätten jedoch vertrauliche Unterhandlungen zwischen der englischen Regierung und den Vertretern gewisser großer englischer Häuser stattgefunden zur Feststellung, ob die Bedingungen, unter denen das Unternehmen ausgeführt werden könnte, einen Charakter trügen, der es der britischen Regierung gestattete, ihre Unterstützung anzubieten.

Unsre Stellung am Persischen Golf weicht von der jeder andern Macht ab. Unsre Politik sollte sich auf den Schutz und die Förderung des englischen Handels in diesen Gewässern richten, es ist aber nicht beabsichtigt worden, daß die Tätigkeit der Regierung sich auf den Ausschluß des berechtigten Handels anderer Mächte richten sollte. Die Regierung würde die Errichtung einer Flottenbasis oder eines besetzten Hafens im Persischen Golf als eine sehr ernste Drohung gegen die englischen Interessen halten und würde dem sicherlich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenreten. (Beifall.) So weit ich weiß, besteht aber keine derartige Absicht.

Besgrad, 5. Mai. (W. Z. V.) Die Wahlen für die Stupskina sind auf den 1. Juni, die Wahlen für 18 zu nähernde Senatoren auf den 18. Juni neuen Stils anberaumt worden.

Der König erteilte dem vom Senat ausgearbeiteten provisorischen Wahlgesetz seine Zustimmung.

Die Vertrauensämter der Berliner Socialdemokratie.

A. Vertrauenspersonen:

- 1. Wahlkreis: Georg Opper, Oranienburgerstr. 5, vorn III.
2. Wahlkreis: P. Scholz, Barutherstr. 22, Ecke Joffenerstr. 1.
3. Wahlkreis: Franz Koch, Kottbuserstr. 7, vorn IV.
4. Wahlkreis: Paul Schneider, Blumenstr. 48 III.
5. Wahlkreis: Leopold Piepmann, Linienstr. 242 I.
6. Wahlkreis: Karl Fischer, Waldstr. 8.

B. Prekominmission:

- 1. Wahlkreis: Rich. Strehl, Schwimmbäderstr. 118 I.
2. Wahlkreis: Albrecht Jälle, Mariendorferstr. 1.
3. Wahlkreis: Otto Krämer, Oranienstr. 143, Seitenfl. IV.
4. Wahlkreis: Otto Wagner, Andreasstr. 75.
5. Wahlkreis: Wilhelm Friedländer, Klaffenstr. 25 II.
6. Wahlkreis: W. Wahmann, Wabstr. 14, S. Guttman.

C. Lokalkommission:

- 1. Wahlkreis: Jakob Ege, Mohstr. 23.
2. Wahlkreis: Wilh. Meiss, Gräferstr. 6, Hof Lueregeb. IV.
3. Wahlkreis: Wilhelm Hinz, Prinzenstr. 66, vorn IV.
4. Wahlkreis: D. Blume, Gubenstr. 6 part.
5. Wahlkreis: Karl Klein, Georgenkirchstr. 12.
6. Wahlkreis: Otto Fischer, Weustelstr. 66.

D. Agitationskommission für die Provinz Brandenburg:

- 1. Wahlkreis: Albin Schuster, Straßmannstr. 2.
2. Wahlkreis: Fritz Hinkel, Reichenbergerstr. 138.
3. Wahlkreis: Karl Dimmig, Wulken-Weier 11.
4. Wahlkreis: Albert Waisewitz, Friedrichsbergerstr. 10.
5. Wahlkreis: Franz Köhle, Marienburgerstr. 3/4.
6. Wahlkreis: Max Kiehl, Schützstr. 22.

E. Vorsitzende der Wahlvereine:

- 1. Wahlkreis: Felix Guttman, Riedelwallstr. 28/29.
2. Wahlkreis: Hugo Wolderski, Steglitzerstr. 84.
3. Wahlkreis: St. Fris, Oranienstr. 157 IV.
4. Wahlkreis: Ernst Vader, Große Frankfurterstr. 34.
5. Wahlkreis: Paul Hoffmann, Doppelnerstr. 21.
6. Wahlkreis: Leo Zucht, Wendelsohnstr. 9, 2. Hof Ausgang A 4 Tr. bei Strehlow.

Partei-Nachrichten.

Die Partei-Organisation in Karlsbad (Böhmen) erucht uns mitzuteilen, daß sie sich mit der Angelegenheit des Genossen Dr. Starl in Karlsbad gegen Dr. B. Weich in Hamburg beschäftigt habe.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Polizei und Maßes. Ueber alle Verbote von Raifeier-umzügen zu berichten, verbietet sich schon deswegen, weil wir uns weder unmöglich mit der immer wiederkehrenden Wendung von den „dingenden Gründen des öffentlichen Wohles“ langweilen können.

nach der Turnhalle wird zufolge der von der Aufsichtsbehörde erteilten Instruktion hiermit verboten.

(L. S.)

Der Stadigemeindevorstand. Menmüller.

Diese löbliche Unterwerfung unter die „von der Aufsichtsbehörde erteilte Instruktion“ wirft ein bezeichnendes Licht darauf, von welchen Umständen die Gewährung oder Verweigerung staatsbürgerlicher Rechte abhängen kann.

Wegen „objektiver“ Beleidigung des Schöffengerichts zu Kottheim wurde der verantwortliche Redakteur des „Hammerischen Volkswillen“, Genosse Leinert, zu 150 M. Geldstrafe event. 15 Tagen Gefängnis verurteilt.

Wegen öffentlicher Beleidigung des amerikanischen Konsuls Langer hatte sich der verantwortliche Redakteur der „Arbeiterstimme“ in Solingen, Genosse Dittmann, zu verantworten. Die Beleidigung wird gefunden in einem Artikel des genannten Blattes vom 23. März dieses Jahres.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnbewegung der Schuhmacher nimmt, soweit die Durchführung des Minimallohnartikels in Betracht kommt, einen äußerst günstigen Verlauf. Eine große Anzahl von Arbeitgebern, welche am Montag noch kategorisch die Zustimmung zu dem Tarif verweigerten, haben sich am Dienstag eines Besseren besonnen und den Tarif anerkannt.

Der Streik der Stukkateure. Wie gestern vormittag in der sehr zahlreich besuchten Versammlung der Streikenden berichtet wurde, ist in dem Stand der Bewegung seit Sonntag keine wesentliche Veränderung eingetreten.

Zur Lohnbewegung der Treibriemen-Sattler ist noch zu berichten: Die Herren der Ortsgruppe Berlin des Verbandes der Treibriemen-

Fabrikanten Deutschlands, an deren Spitze der bekannte Herr Pfeffel steht, haben es fertig gebracht, einen ihrer Kollegen zum Wortbruch zu drängen. Am 21. April unterzeichnete der Inhaber der Firma Kemmerich u. Co. die Forderungen der Arbeiter.

Das Einigungsamt beschäftigte sich gestern mit dem Rohrlegerstreik bei der Firma Vechem u. Post, Steglitzerstraße 4. Dort waren die Arbeiter vor etwa acht Tagen in den Ausstand getreten, weil Löhne und Arbeitszeit nicht den für das Rohrlegergewerbe gültigen Vertragsbedingungen entsprachen.

Die Müllfischer und Mithfahrer der „Staubhug“-Akt.-Ges., Nord-Ufer, befinden sich seit Montag früh im Streik. Sie fordern eine Lohnerhöhung für Mithfahrer auf 30 M. und für Müllfischer auf 27 M. und Abschaffung des Drei-Zuhren-Systems.

Von den Arbeitern der Straßenbahn-Werkstätten sind nicht, wie in dem gestrigen Bericht steht, 250, sondern 520 organisiert.

Deutsches Reich.

Ausperrung beim Bremer Vulkan. Eine Privatdepesche aus Begeles meldet uns, daß auf der dortigen Werft des Bremer Vulkan 150 Arbeiter ausgesperrt sind.

Zur Ausperrung in Jettelohn hatten wir bereits mitgeteilt, daß die Fabrikanten-Verein unorganisierte und aus der Organisation Austrittende am Mittwoch wieder einstellen will.

Maurer-Ausperrung in Mainz. Der Kampf nimmt seinen Fortgang. Die Bauten sind fast gänzlich verödet. Poliere und Leberlinge suchen sich so gut sie es vermögen zu beschäftigen.

Die Tischler in Bienen i. B. streiken. Sie hatten vor vier Wochen den Meistern ihre Forderungen eingereicht (20 Proz. Lohnerhöhung, 58 Stunden wöchentliche Arbeitszeit usw.), worauf aber keine Antwort erfolgte.

Die Hieslerleger in Dortmund ersuchen, den Zugang dahin fernzuhalten, weil zwischen ihnen und den Unternehmern Differenzen bestehen.

Dank. Den edlen Spendern besten Dank für die gesandten Bücher! Für die Centralbibliothek der vereinigten Gewerkschaften Brud. a. d. R. (Steiermark) der Bibliothekar: Haberl.

Sociales.

Central-Verein für Arbeitsnachweis, Gormannstraße 13 und Müllerstraße 6 B. Bericht über den Geschäftsbetrieb im Monat April:

Table with 4 columns: Beschäftigte, Von Arbeitgebern verlangte Arbeitskräfte, In Arbeit gebrachte Personen. Rows include: Angelehrte Arbeiter, Städtische Arbeiter, Lederarbeiter, Maler, Schloffer, Klempner, Tapezierer, Buchbinder, Weibliche Personen.

Die Kulturaufgaben leiden nicht? In eine Strafkammerung zu Halle war der Lehrer Otto Lehmann von Brachwitz wegen Ueberschreitung des Zuchtigungsrechts angeklagt.

Bezüglich der Bekämpfung der Bummkrankheit teilt der Vorstand der Anappphastik in Dortmund den Behörden mit, daß die Unterbindung der Belegstellen auf Kosten der betreffenden Verwaltungen erfolge und daß als Honorar pro Kopf der Belegstelle 1 M. als angemessen erachte.

Gegen die Anstellung eines Wohnungsinspektors hatten sich die Bürger Stadtämter mit Händen und Füßen gewehrt und wiederholte Anordnungen der Regierung wurden einfach nicht erfüllt.

WINTERGARTEN

Neues Programm.

Mlle. Lorraines, Lebende Bilder.
Sam Elton, Komischer Excentric.
Carlotta Kara, Creolische Sängerin.
Pantzer Brothers, Akrobaten.
Rakoozy, Ungarische Tanstuppe.
Das Melstergesangs-Quartett.
Ralph Johnstone, Bicyclist.
Woodwards, dressierte Seelöwen.
Miss Diana, amer. Spiegeltänzerin.
Ballett und „Biograph“.

Reichshallen.

Stettiner Sängerbund.

11. u. 12. Bühnengrößen
und Anna Peto, das
Blumenmedium.

Beginn: 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.



Sanssouci.

Donnerstag, Sonntag und
Montag:

Hoffmanns Norddeutsche Sängerbund.

Nach der Vorstellung:
Tanz-Kränzchen.

Bereinsbillets gültig.



A. Jandorf & Co.

Spittelmarkt 16/17
Belle Alliancestr. 1/2
Gr. Frankfurterstr. 113

Alleinverkauf für Berlin der

„Pompadour“

Gummi-Schweissblätter

Vorzügliches Fabrikat, Trikot-Gewebe
mit hellem Gummi, geruchlos, ab-
solut wasserdicht, ganz dünn und
leicht, daher für Sommerkleider und
Blusen sehr geeignet.

Preis pro Paar: 30, 35, 40 Pfg.



Gebr. Cranz' Festsäle und Garten

Achtung! Köslinerstr. 8. Achtung!

Größter und schönster Festsaal des Nordens,
Neu! 1500 Personen fassend, Neu!
Naturgarten mit Bühne, 2000 Personen fassend,
sehen den geübten Vereinen und Gesellschaften zur Abhaltung von
Sommerfesten etc. zu den coulantesten Bedingungen zur Verfügung.
12752*

Erster Pfingst-Feiertag noch frei.

Gebr. Cranz.

Schmöckwitz Gasthaus zur Palme

(Endstation der „Stern“-Dampfer)

Inhaber: Hermann Peter. Grünau No. 39.

Empfehle mein allbekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes
Lokal den geübten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen.
Ausspannung und Dampfersteige, Regelmäßige, große Kaffeeläden.
Zäle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

J. A. Partenheimer, Kaiser Wilhelmstr. 19a.

Rollschinken	75-110 Pf.	fr. Schweinefleisch	55-60 Pf.
Dinterschinken	90-100	Karbonade	70
fetter Speck	65-68	Schweinebauch	50
magerer Speck	70-75	Rückenfett	55
Schmalz	75	Leber	55
f. Leber, Jungendurst	75	Rinderbraten	65
Tagewurst u. Brunschwur	75	Schmalz	65
Notwurst u. Zwiebelwurst	48	Verkauf von 5 Pfd. an	11152*

Fritz Leisegang, Chausseestrasse 123,

Brennabor- u. Mäwe-Räder

billigst. — Grosse Reparatur-Werkstatt,
Sämtliche Zubehörteile zu konkurrenzlosen Preisen.

Wichtig für Klempner!

14552

Größere Ventillerei und Installations-Werkstatt für Gas
und Wasser mit grossem Kundenkreis (neue Maschinen) ist zu ver-
kaufen. Offert unter A. T. 109 postlagernd Königswusterhausen.

Activa	Bilanz-Conto am 31. Dezember 1902.	Passiva
Ein Materialen-Conto	46 989,90	Ver. Conto - Corrent-Conto
Cassa-Conto	23,09	(Creditoren)
Werkzeug-Conto	2 200,-	Darlehens-Conto
Maschinen-Conto	1 600,-	Geschäfts-Anteil-Conto
Stations-Conto	200,-	der Mitglieder
Conto - Corrent - Conto	200,-	Referendons-Conto
(Debitoren)	32 866,90	Gewinn- und Verlust-
Banquguthaben	7 257,47	Conto (Reingewinn)
	91 137,45	
		91 137,45

Genossenschafts-Tischlerei „Ostend“.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Paul Lehmann, Geschäftsführer. H. Kernicko, Kassier.

Königstadt-Kasino.

Holzmartstr. 72, Ecke Allegeandstr.

Am herrlichen Sommergarten:
Täglich: Konzert, Theater-
u. Specialität-Vorstellung.
Mittwoch, Sonnabend, Sonntag:
Tanz.

Achtung! Vereine!

Juni, Juli, August sind noch mehrere
Sonnabende zu Theater, Ballen und
Sommerfesten frei unter ganz günstigen
Bedingungen.

F. Scholz' Festsäle und Garten,

Große Frankfurterstraße 74.
Nachstehende Saal zu Ver-
sammlungen zur Verfügung.
Jeden Sonntag: Großer Ball.
Anfang 4 Uhr. (13822*)

Land 2 Mark

färbemittelfrei
Borax, Weizen-
schablung, Bar-
zelle 00 Pf. 30
300 Mark, nur mündlich, verkauft!
Hinsche, Wilmannstr. 4. (10132*)

Patente

beforscht und bewertet
gut und schnell

Patent-Bureau

B. Reichhold u. Co.,

Berlin NW., Luisenstr. 24.
Kunststoffe kostenlos. 7722*



Die bestehenden 14362

Bruchbänder und Leibbinden

herf. A. Reiche, Panndamm,
Seidestraße 15.
Lieferant für alle Krankenkassen.

V. Wahlkreis.

Freitag, den 8. Mai 1903, abends 8 Uhr,
im großen Saale des Berliner Handwerker-Vereins, Sophienstr. 15:

Wähler-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Socialdemokratie und Reichstags-Wahlen.
Referenten:
Genossen **Dr. Leo Arons** und der Kandidat des Kreises **Rob. Schmidt.**
2. Diskussion.
Für zahlreichen Besuch der Versammlung ist zu agitieren.
Die Vertrauensleute.

Das Wahl-Bureau des fünften Kreises befindet sich im Restaurant Gänzel,
Amt III. 1206. 1. Eingang: Rosenhalestr. 57, Hof part. 2. Eingang: Gormannstr. 28.
Geöffnet Sonntags von 10 Uhr vormittags an, Sonntags von 10-1 Uhr.
Jede gewählte Ausstufung wird dort erteilt. 217/4

Charlottenburg.

Donnerstag, den 7. Mai 1903, abends 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“, Rosinenstraße Nr. 3:

Wähler-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Die kommende Reichstagswahl. Referent: Fritz Zabell. 2. Diskussion.
Begner sind hiermit eingeladen.
Das socialdemokratische Wahlkomitee. 202/7

Meine Damen!

Jetzt

Saccos
Blusen
Röcke

Reste zu Saccos, Kleidern,
Herren-Anzügen etc.

billiger. 1370L*

47 Wrangelstr. 47, part.
(Kein Laden.)
Hochbahnhof Schlessisch Thor.

Herren-Kragen,

— reinleinen, garantiert 4fach, —
verschiedene Façons in allen Weiten,
Stück 15 Pf., so lange der Vorrat reicht.

— Geschlossene Kragen —
per Dutzend 3 Mk. und 3 Mk. 50 Pfg.
Manchetten, Prima, garant. 4fach
1/2 Dutzend 1.80 Mk.,
Oberhemden, Serviteurs, Krawatten,
in größter Auswahl, Trikotasen,
Strümpfe, Hosenträger, Handschuhe.
Detailverkauf zu Engrospreisen.
Ernst Marcuse, Wänsstr. 23.

Baustellen i. Erkner, 84 Pf.,
Neu-Zittau 50 Pf., Dabendorf m. Ban-
Konsens 72 Pf., bei Grünau 143 Pf.
herf. unt. realen Zahlungsbedingungen
Schulz, Rigdorf, Senaustr. 12/13, v. III.

Reste

Spottbillig für elegante
Herrenanzüge, Paletots,
Kinder-Anzüge usw. *

Tuchfabrik-Niederlage
Koch & Seeland, Berlin C, Köpferstr. 2.

Erlaube mir zum Quartals-
wechsel auf meine seit vielen
Jahren bestehende Möbel- und
Polsterwaren-Fabrik ganz er-
gebenst hinzuweisen. Das jahre-
lange Bestehen, welches ich bei
dem kausenden Publikum seit
meinem mehrjährigen Bestehen
genießen durfte, ist für mich
bisherige Auszeichnung meiner
Fabrik.

Ein kleiner Besuch wird Sie
von meiner allseitig an-
erkannten Leistungs-
fähigkeit über-
zeugen.

Möbel-

und
Polster-
waren-Fabrik
von 12342*

R. Rosien

Tapezierer u. Dekorateur
26 Schwedterstr. 26
an der Kastanien-Allee.

Heute Mittwoch, den 6. Mai, vormittags 11 1/2 Uhr:
Eröffnung der Ersten Fach-Ausstellung für Caféhaus- und Konditorei-Betrieb
nebst Ausstellung sämtlicher Artikel für das Gastwirts-gewerbe
vom 6. bis 21. Mai 1903 veranstaltet vom Verein der Cafetiers Deutschlands (Eig. Berlin)
in Louis Kellers Festsälen, Berlin, Köpenickerstr. 29. 14502
Täglich: Doppel-Konzert der Garde-Musik und Garde-Pioniere. Entree 50 Pf.

III. Wahlkreis!

Mittwoch, den 6. Mai, abends 8 Uhr:

Wähler-Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engel-Ner 15 (großer Saal).

Tages-Ordnung:
1. Auf zur Reichstagswahl! Referent: Reichstags-Abgeordneter
Wolfgang Heine. 212/2*

2. Diskussion.
Zahlreichen Besuch erwarten
Die Vertrauensleute.

Achtung! Rabsitzputzer u. Spanner.

Mittwoch, den 6. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Neuen Klubhaus,
Kosmanbantenstr. 72:

Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Situationsbericht über den Stand unserer Lohnbewegung und weitere
Stellungnahme zu derselben. 2. Bericht des Vorstandes. 252/10

Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verein.

Mittwoch, den 6. Mai, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen der Drechsler:

Osten bei Matthes, Köpenickerstr. 41.
Norden bei Schmitz, Brunnenstr. 150.
Südosten und Westen bei Stramm, Ritterstr. 123.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission. 2. Werkstatt-Differenzen. 3. Verbands-
angelegenheiten. 4. Bericht des Vorstandes. 81/16

Logierhäuser

Pensionate, Hôtels

sollten bei grösseren Neu-
Anschaffungen nicht verab-
säumen, meine Offerte u. Preise
zu vergleichen, da stets Un-
gewöhnliches zu bieten im
stande bin. 1454L*

Katalog (100 Seiten stark) und
Mustersendung franco.

Teppich-Specialhaus **Emil Lefèvre**
Oranienstrasse 158 Berlin
S. 4

Seidenstoffe.

Weltbekannt
ist unsere 1452L*

Schwarze
Reinseidene Robe

fin glatt und gemustert
10 Meter Mark 25,00.
Seidenhaus

Pauldrach & Ott,

II. Geschäft: Oranienstr. 153.
Rosenthalerstr. 20-21.
— Man verlange Proben. —

Credit.

Monatlich
— 10 Mark —
lieferbare Anzüge,
Paletots
nach Maß.
Wer selbst Stoff hat, 20 Pf. an.
Schneidermstr.
J. Tomporowski, Prinzenstr. 55.

Marienburg-Geld-Lotterie.

Ziehung:
25.-27. Mai

8840 Geldgewinn ohne
jeden Abzug zahlbar von Mk.

355000

Hauptgewinn: Mark

60000

50000

40000

30000

20000

etc. etc. etc.

Originallose à 3 Mark
Für Porto und Liste 30 Pf. extra

Oskar Bräuner & Co. Nachf.

G. m. b. H. Bank-Geschäft
Berlin W. Friedrichstr. 151
Filialen:
NW. Wilsnackerstr. 63.
O. Andreasstr. 46a.
SO. Oranienstr. 177.

Stepdecken
kauft man am preis-
wertesten nur direkt
in der Fabrik, 72 Woll-
strasse 72, wo auch alle
Stepdecken aufgearbeitet werden.
S. Strohmayer, Berlin 14.
Zustriekter Preis-Katalog gratis.

Nach kurzem, schwerem Leiden
entschlief am 3. Mai, nachts 11 Uhr,
mein lieber Mann, unser guter
Vater, Schwiegervater und Groß-
vater, der Tischler

Gottlieb Tix

am 61. Lebensjahre. 11686

Dies zeigen bekräftigt an
Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Donnerst-
tag, den 7. Mai, nachmittags 4 Uhr,
vom Krankenhaus am Urban aus
auf dem alten Jakobikirchhof statt.

Socialdemokratischer Wahlverein

im 3. Berliner Reichstags-Wahl- kreis.

Den Genossen zur Nachricht,
dass das Mitglied

Gottlieb Tix

nach kurzem Krankenlager am
3. Mai verstorben ist.

Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 7. Mai, nach-
mittags 4 Uhr, vom Krankenhaus
am Urban nach dem alten Jakob-
kirchhof statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
240/10
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verein

Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser langjähriges Mitglied,
der Tischler

Gottlieb Tix

am 3. Mai nach kurzem Kranken-
lager verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Donnerst-
tag, den 7. Mai, nachmittags 4 Uhr,
vom städtischen Krankenhaus am
Urban aus auf dem alten Jakob-
kirchhof statt. 81/17
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verein

Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, dass
unser Mitglied, der Metallarbeiter

Richard Ludwig

am 1. Mai verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
116/10 Die Ortsverwaltung.

Invaliden-Unterstützungskasse

der Stein drucker u. Lithographen

Die Beerdigung des am 3. Mai
verstorbenen Lithographen

Franz Lehmann

findet am Mittwoch, den 6. Mai,
nachmittags 3 Uhr, vom Sterbe-
haus Friedrichshagen, Friedrich-
straße 91, aus statt. 11616
Das Komitee.

Für die bei der Beerdigung meines
geliebten Mannes, unsern guten Vaters,
des Wollwebers

Julius Mierke

benachteiligte Teilnahme sprechen wir
allen Freunden und Bekannten, dem
Verein der Wollweber und Schafwäcker,
dem loc. Wollweberverein von Rantow,
dem Gesangsverein „Nord-Neubla“
und dem Auswanderer-Verein
„Helfeland“ unsern aufrichtigsten
Dank aus. 14532

Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.

Für die reichlichen Kranzspenden
sowie für die rege Beteiligung bei der
Beerdigung meines lieben Mannes
sage ich allen Verwandten, Freunden
und Bekannten, den Kollegen der
Firma J. F. H. Schulz sowie dem
Ordnungs-Verein der Klempner meinen
herzlichsten Dank. 11655

Die trauernde Witwe
Frau Zahl
nebst Kindern.

J. Grünberg,

N. Boyenstr. 44

Wollen Sie sich elegant und
billig kleiden, so kaufen Sie bei

J. Grünberg,

N. Boyenstr. 44.

Grösste Auswahl
der feinsten
Kavalier- und Monats-
Garderoben. 1443L*

Reste

zur [769L*]
Damen - Mäntel - Konfektion und
Kinder - Garderobe.
Futterscheiden, Besatzartikel,
fertige Damen-Mäntel und
Jackets in grösster Ausw.
Kostüm-Stoffreste zu vollständigen
Kostümen u. einzelnen Röcken in
farbig u. schwarz, enorme Ausw.

C. PELZ,

4. Kottbuser-Strasse 4.

Prozeß gegen die Pommernbank.

Dritter Tag.

In der heutigen Sitzung hält der Vorsitzende, Landgerichts-Direktor Heidrich dem Angeklagten Romeid vor, in der Voruntersuchung habe er angegeben, daß bei seinem Eintritt in die Direktion der Pommernbank im Jahre 1890 diese zahlungsunfähig gewesen sei, weil sie eine ganze Anzahl minderwertiger zweiter Hypotheken besaß und infolge der landwirtschaftlichen Krise eine ganze Reihe von Gütern übernehmen mußte, so daß infolge dessen 18-20 Millionen Mark festgelegt hätten. — Angekl. Romeid bestreitet dies, ohne für die damals von ihm genannten Zahlen eine Gewähr zu übernehmen.

Es werden hierauf die Verhältnisse der Immobilien-Verkehrsbank erörtert. Die Immobilien-Verkehrsbank wurde durch Statut vom 3. Juli 1890 mit einem Aktienkapital von 100 000 M. gegründet, auf welches 25 Proz. eingezahlt wurden. Als Gründer traten Franz Armborst, Gutbesitzer Joseph Priodt, Gutbesitzer Fritz Wagner, Kaufmann Franz Kewenow, Kaufmann Paul Hoffmann auf, die eigentlichen Gründer waren aber die Angeklagten Schulz und Romeid, sowie der damalige stellvertretende Direktor bei der Deutschen Grundschuldbank Verthold Warfinski. Durch Beschluß der Generalversammlung vom 28. Oktober 1890 wurde das Grundkapital auf 500 000 M. erhöht. In der ersten Zeit nach der Gründung befanden sich von den Aktien der Immobilien-Verkehrsbank je 100 Stück in den Händen von Schulz, Romeid und Warfinski und die restlichen 20 in den Händen des Direktors der Dresdener Bank Schmidt. Später kam es zu Zerwürfnissen mit Herrn Warfinski, infolge dessen nahmen Schulz und Romeid Herrn Warfinski je 80 Aktien ab, so daß nunmehr ein jeder 240 Stück Aktien besaß. Am 12. November 1899 trat Schulz seine Aktien zum Kurse von 200 Proz. an die Immobilien-Erwerbsgesellschaft, und am 15. Januar 1900 Romeid die seinigen zum Kurse von 100 Proz. an die Vereinigung für Grunderwerb ab. Ferner hat Herr Romeid am 31. August 1900 noch einmal 10 000 M. Aktien der Immobilien-Verkehrsbank zum Kurse von 200 Proz. an die Vereinigung für Grunderwerb verkauft. Dividenden sind nur einmal bezahlt und zwar auf 100 000 M. für 6 Monate und auf 400 000 M. für 1 Monat. Dann ist die weitere Dividendenzahlung unterblieben. Dagegen sind an die Aufsichtsratsmitglieder und Direktoren regelmäßige Lantienmen gezahlt worden.

Auf Vorhalt giebt der Angeklagte Schulz zu, daß die eigentliche Bestimmung der Immobilien-Verkehrsbank war, ein Pfand-Institut der Pommernbank zu bilden und ihr unbecommene Objekte abzunehmen, jedoch sei bei der Immobilien-Verkehrsbank alles ordnungsmäßig zugegangen. Die staatliche Aufsichtsbehörde sei über die Immobilien-Verkehrsbank völlig orientiert gewesen. Der Kurs von 200 Proz. hätte dem wirklichen Werte der Aktien entsprochen, denn die Verkehrsbank hätte einen latenten Gewinn von 15 Millionen Mark gehabt, weil die Grundstücke einen um diesen Betrag höheren Wert hatten, als sie zu Buch standen. Was die Zahlung der Lantienmen an Aufsichtsratsmitglieder und Direktoren betrafte, so hätten beide Teile je 181 000 M., zusammen also 362 000 M. zu verlangen gehabt, während in Wirklichkeit nur 180 000 M. gezahlt seien.

Der Angeklagte Romeid schließt sich im allgemeinen dieser Darstellung an.

Ueber die Gründung der Immobilien-Verkehrsbank werden sodann zwei Zeugen, die seiner Zeit dem Gründer-Konfession angetreten, in Wahrheit aber nur Strohmänner gewesen sein sollen, vernommen.

Kaufmann Franz Kewenow, Buchhalter beim Invalidenbank, kann nur sagen, daß er auf Verlangen des Angeklagten Kommerzienrat Schulz als Gründer gezeichnet habe. Ihm seien 20 Aktien überwiesen worden, wofür er kein Geld zahlte. Seine ganze Tätigkeit sei nur Gefälligkeit gewesen. Entgelt habe er dafür nicht erhalten.

Oberlehrer Dr. Franz Armborst ist seiner Zeit als Hilfslehrer an einer Gemeindeschule zur Gründung herangezogen worden. Er sei mit Romeid befreundet gewesen und habe sich aus diesem Grunde dazu bestimmen lassen. Er habe selbst Aktien nicht gezeichnet, sie seien ihm zugeschrieben worden und er wisse nicht, wer das Geld dafür gezahlt hat. Später sei er Aufsichtsrats-Mitglied geworden. Ueber das Geschäftliche könne er gar nichts sagen, denn davon verstehe er nichts. Auf Vorhalt des Staatsanwalts giebt der Zeuge zu, daß ihm auch sonst noch Aktien zugewiesen worden seien.

Zeuge Professor Horwege befragt auf Befragen, daß die Immobilien-Verkehrsbank den Zweck hatte, die notleidenden Sachen der Pommernbank abzunehmen.

Zeuge Stutterich war Bureaudirektor der Hypotheken-Abteilung der Pommernbank. Nach seiner Ansicht war der Angeklagte Schulz die ausschlaggebende Persönlichkeit bei der Pommernbank. Die Befehle in der Hypothekenabteilung wurden im wesentlichen von dem Angeklagten Schulz allein erlassen.

Die Veräußerung der Immobilien-Verkehrsbank mit der Pommernbank hat nach der Anklage einen sehr großen Umfang angenommen und sich nach der Gründung der Strelitzbank auch auf diese übertragen. Nicht bloß, daß die Immobilien-Verkehrsbank bei ihrem geringen Kapital von 500 000 M. schließlich nicht weniger als 7 578 000 M. Pommernaktien und 6 174 000 M. Strelitzaktien ihr Eigentum nannte, es war auch der ihr gehörige Grundbesitz von den genannten Banken mit über 50 000 000 M. beliehen.

Der Staatsanwalt geht dann auf die Verhältnisse einer Reihe von Gütern ein, welche die Pommernbank hatte in Besitz nehmen müssen. Er will nachweisen, daß in den Geschäftsberichten die Verhältnisse der Pommernbank unrichtig dargestellt worden seien. Nach seiner Ansicht sei die Behauptung falsch, daß es gelungen sei, den Grundbesitz der Bank verlustlos abzustoßen. Thatsächlich seien nur an Stelle von faulen Schuldnern, welche die Güter 1890 in Besitz hatten, von der Pommernbank andre faule Schuldner gesetzt und zwar die Immobilien-Verkehrsbank und andre Leute, die zahlungsunfähig waren, so daß von einem Abstoßen der Güter gar keine Rede sein könne. — Seitens der Angeklagten und der Verteidigung wird dieser Aufstellung widersprochen.

Angekl. Schulz führt in längerem Vortrage aus, daß es sich um keine bloßen Schiebungen gehandelt habe, die Pommernbank vielmehr durch den Uebergang der Güter an die Immobilien-Verkehrsbank besser gestellt worden sei. — Der Vorsitzende meint, daß die weitere Verhandlung ergeben werde, inwieweit dies zutrefte.

Rechtsanwalt Dr. Werthauer: Ist die Begründung der Immobilien-Verkehrsbank, die nach der Ansicht des Staatsanwalts eine bloße Schiebung gewesen sein soll, nicht erfolgt unter Kenntnisnahme und im Einverständnis resp. nach Beratung mit der Aufsichtsbehörde, die es gebilligt hat?

Angekl. Schulz: Das ist richtig. Chefredakteur Christians als Mitglied des Aufsichtsrats werde belüchelt haben, daß er über diese Angelegenheit im Ministerium Rücksprache gehabt habe.

Angekl. Romeid erklärt auf Befragen, daß er sich über die Einzelheiten nicht äußern könne. Er könne nur sagen, daß die Pommernbank die verschiedenen Objekte besessen hat und daß die Verkäufe im Interesse der Pommernbank erfolgt sind.

Es folgt die Vernehmung des Bankiers Reu aus Nürnberg (Firma Reu u. Rosenbusch), der sich über drei große Terraingeschäfte äußert, die seine Firma mit der Pommernbank bezw. mit der Immobilien-Verkehrsbank gemacht hat. Die Firma Reu u. Rosenbusch hat Terrains in Paulsen und Niddorf an die Immobilien-Verkehrsbank verkauft; sie sind von der Pommernbank sehr hoch beliehen worden, denn die Immobilien-Verkehrsbank sorgte sich den Kaufpreis und alles, was zur Rekonstruktion u. dergl. nötig war, von der Pommernbank.

Die ungemeine Ueberschätzung ergibt sich nach der Meinung des Staatsanwalts schon daraus, daß der von der Immobilien-Verkehrsbank an Reu u. Rosenbusch bezahlte Einkaufspreis bei weitem den Wert übersteigt hat. Die Ueberschätzung des wirklichen Wertes ergebe sich schon daraus, daß Reu u. Rosenbusch den Verkaufspreis, den sie der Immobilien-Verkehrsbank berechneten, willkürlich um über eine Million erhöhten mit Rücksicht auf die faulen Objekte, die sie sich in Zahlung geben ließen.

Rechtsanwalt Dr. Werthauer sucht darzutun, daß die Erhöhung auch ohne Berücksichtigung der hereingenommenen Werte durch die erfolgte allgemeine Wertsteigerung sich rechtfertigen lasse.

Staatsanwalt Beck hat seine Ansicht über diesen Punkt in der Anklage wie folgt entwickelt: Die zum Zwecke ihrer Grundstücke erforderlichen Millionen erhielt die Immobilien-Verkehrsbank in der Hauptsache von der Pommernbank. Die Hypotheken und Grundstücke, welche die Immobilien-Verkehrsbank beim Ankauf der Grundstücke an Reu u. Rosenbusch herausgegeben hat, haben lange nicht den angenommenen Wert gehabt, denn Reu u. Rosenbusch haben verloren: a) bei Schönhäuser Allee I an den Hypotheken 885 900 M., an den Gütern 357 900 M., zusammen 1 043 800 M.; b) bei Schönhäuser Allee II an den Hypotheken 463 190 M., an der Brauerei Jertzig 817 000 M., zusammen 780 190 M.; c) bei Niddorf an den Hypotheken 529 000 M. Das ergibt eine Gesamtsumme von 2 350 000 M. Aus dem Zeugnis des Herrn Reu geht hervor, daß die Firma Reu u. Rosenbusch die minderwertigen dieser Objekte gekauft und den Kaufpreis für die Terrains dem dementsprechend höher gestellt hat. Dabei aber die Immobilien-Verkehrsbank die Grundstücke um obige 2 350 000 M. überzahlt, so hatte sie sich damit ihr Todesurteil selbst gesprochen. Die hohen Verleihungen der zu teuer gelauten Terrains haben durch die Pommernbank nach Ansicht der Anklage stattgefunden, um der Immobilien-Verkehrsbank die Erfüllung ihrer schweren Verpflichtungen gegen die Pommernbank und die Strelitzbank äußerlich zu erleichtern. Denn dieselbe sei bei ihrem geringen Grundkapital von 500 000 M. und ihrer ungünstigen Entwicklung außer Stande gewesen, auch nur die Zinsen für die ihr von den beiden Banken gewährten Darlehen aufzubringen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Parteigenossen! Heute Mittwoch, den 6. Mai, abends 8 Uhr, findet eine Wählerversammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses statt. Unser Kandidat Wolfgang Heine spricht über das Thema: „Auf zur Reichstagswahl.“ Außerdem Diskussion. Wir bitten die Genossen, für regen Besuch der Versammlung zu agitieren. Die Vertrauensleute.

Sechster Wahlkreis. Donnerstag, den 7. Mai, abends 8 1/2 Uhr, spricht der Genosse Paul Singer in den Germania-Sälen, Schauffstraße 103, über: „Der Wahlkampf und unsre Gegner.“ Zu recht zahlreichem Besuch seitens der Genossen und Genossinnen ladet ein Der Vertrauensmann.

Wilmerdorf. Mittwoch, den 6. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet in Wittes Volksgarten, Verlmerstraße 40, die Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins statt, in welcher Genosse Täterow über die bevorstehende Reichstagswahl sprechen wird. Frauen, auch Gäste haben Zutritt.

Steglich. Wir machen die Genossen hiermit nochmals auf die heute, Mittwoch, abends 8 Uhr im Restaurant Gambinus, Hornstr. 15a, stattfindende öffentliche Versammlung aufmerksam. Genosse Partels-Verlin spricht über das Thema: Die bevorstehende Reichstagswahl und was steht auf dem Spiel.

Kommunales.

Die städtische Verkehrsdeputation hatte gestern unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters eine 3/4stündige Sitzung, in der das Reiseprogramm der Deputationsmitglieder, welche die Schwerebahn in Elberfeld-Varnen, sowie die Halbanlagen in Magdeburg, Düsseldorf und Köln besichtigen werden, festgestellt wurde. Die Reise wird in der nächsten Woche, 10.-12. Mai, stattfinden und verfolgt den Zweck, Anlage und Betrieb der Schwerebahn genau kennen zu lernen, um aus eigener Anschauung zu entscheiden, ob die Verpflanzung dieses Verkehrsmittels nach Berlin zweckmäßig erscheint.

Neben andern Berichten und Entscheidungen beschäftigte sich die Deputation auch mit dem Projekt der Fortführung der Hochbahn als Unterpfasterbahn vom Potsdamer Bahnhof nach dem Innern der Stadt.

Die Aktiengesellschaft Siemens u. Halske — die Stadt bekommt die landespolizeiliche Erlaubnis für die Anlage dieser Bahn nicht — plant die Linie als Unterpfasterbahn bis zum Hausbootplatz zu bauen und will dann einen Teil der Strecke als Hochbahn (am Spittelmarkt usw.) ausbilden, um nach Ueberschätzung der Spree, wieder als Unterbahn nach dem Alexanderplatz zu kommen.

Auf Antrag des Referenten beschloß die Deputation, den Vorschlag der Gesellschaft abzulehnen und zu verlangen, daß die ganze Linie als Unterpfasterbahn auszuführen und mindestens bis zum Spittelmarkt zu errichten sei. Die aus Interessententreiben angeregte Errichtung eines städtischen Lagerhofes für Benzin und Petroleum, welche der Feuers- und Explosionsgefahr wegen nicht in der Stadt gelegen werden dürfen, wurde als zur Zeit nicht zweckmäßig von der Deputation abgelehnt, den Beteiligten jedoch anheimgelassen, sich um die Pachtung geeigneter städtischer Lagerplätze für ihre Zwecke zu bemühen.

Von der Rechnungslegung der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen über die elektrische Hochbahn für 1902 wurde Kenntnis genommen.

Der Antrag der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft auf Errichtung einer Haltestelle in der Schönhäuser Allee (Verlängerung der Strecke Kastanien-Allee bis zur Schönhäuser Allee) wurde abgelehnt; der Gesellschaft soll anheimgelassen werden, eine Haltestelle in der Stolpische Straße zu errichten, damit die Anpflanzungen in der Mittelpromenade der Schönhäuser Allee nicht leiden. Ebenso wurde der Antrag derselben Gesellschaft, eine, nach Ansicht der Deputation den Verkehr sehr störende Veränderung der Geleisanlagen am Spittelmarkt, und die Anlage einer Haltestelle in der Wallstraße — wodurch die Kreuzung der Geleise an einem der verkehrsreichsten Punkte nötig wird, — abgelehnt.

Lokales.

„Für oder wider Christum.“ Unser Gott der ist die Liebe, Jesus Christus ist sein Namen; Seine Duldsamkeit und Demut Suchen wir stets nachzuahmen. Deshalb sind wir auch so sanft, So leutselig, ruhig, milde, Haben niemals, nach des Lammes, Des Verächters Wüsterbilde.“ Disputation von Felme.

„Für oder wider Christum“, lautete das Thema, über das gestern abend in der „Concordia“ der konservative Kandidat des vierten Wahlkreises, Dr. Wegner, sprach. Christus, den Prediger selbstloser Nächstenliebe, gewissermaßen zum Schuttpatron des Broitwüchters und der Jungfrauengelei-Schwärmerei auszurufen, ist eigentlich die schamloseste Blasphemie, die sich denken läßt. Aber

das galt dem Dr. Wegner und seinen Kumpanen gleich: wenn das Thema nur zog. Wenn sich nur in der Hoffnung auf ein leidendes Religionsgegnert recht viel Reugierige einfanden. Aber ach, die Spekulation erwies sich als vollständig verfehlt. Hatten sich doch in dem großen Saale nur wohlgezählte hiezig Männlein eingefunden, deren Reihen sich während des Vortrages des konservativen Kandidaten sogar noch merklich lichteteten.

Die Einberufer harrten bis nach 9 Uhr vergebens der er, die nicht kommen wollten. Endlich mußte man aber doch die Versammlung eröffnen. Bitter klagte dabei der Vorsitzende über den kläglichen Besuch. Das sei der beschämende Erfolg einer intensiven Agitation. An alle konservativen Vereine des Wahlkreises habe man sich gewendet. Die Vereine „Markus“, „Lazarus“ und „Auferstehung“ hätten feierlich die Verpflichtung übernommen, Einladungen zur Versammlung zu verteilen. Und trotzdem diese beschämende Teilnahmslosigkeit! Dann erteilte er dem Referenten das Wort.

Wir sagten schon, daß sich während des Vortrages ein Teil der Handvoll Versammlungsbesucher wieder verkrümelte habe. Und wie gern wären die andern gefolgt, wenn sie nicht heroisches Pflichtbewußtsein in stumpfer Resignation zurückgehalten hätte. Denn ein solches Gewächs, wie die Rede des konservativen Kandidaten, haben wir noch nicht gehört. Ein paar der abgegriffensten politischen Insanien, eingewickelt in das ödeste theologische Phrasengebüsch. Dazu die Art des Vortrages! Eine anderthalbstündige Seichtbeutelei, mit breiweicher, einschläfernder Stimme abgeleiert. Eine Sonntagsnachmittags-Predigt ist ein Strohlo zu sehen, die Wegner einladen möge, auch noch ein zweiter Referent geladen werden möge. Noch deutlicher gab der Vortragende der allgemeinen Enttäuschung Ausdruck. Er meinte, daß dem Vortrage des Kandidaten der „Geist — nein, ich weiß nicht recht, wie ich mich ausdrücken soll, der Zug“ — gefehlt habe. Das habe aber wahrscheinlich nur die gähnende Leere des Saales verschuldet. Der so unsanft von seinen eignen Getreuen kritisierte Kandidat fühlte denn auch selbst, daß er noch irgend etwas thun mußte, um sich einen halbwegs leidlichen Abgang zu sichern. Er hatte zwar in seinem Referat die Sozialdemokratie bereits als eine Partei zur Organisierung des „Vorschußes“ bezeichnet, er hatte den „Juden Singer“ einen Mann genannt, der auf die Achtung eines deutschen Mannes keinen Anspruch erheben könne, allein diese läppischen Unverschämtheiten hatten auf die an gepflegtere Kost gewöhnte Zuhörerschaft keinen Eindruck gemacht. So mußte er denn seinem armen Hirn einen kräftigeren Schläger abringen. Nachdem er weinerlich versichert, daß ihm nur die Segner gefehlt hätten, um ihn zu „heiligem Kampfesjorn“ zu entflammen, gab er ein Proöchen dieser Art. Der Jude Singer könne „kraft seiner Zugehörigkeit zum mosaischen Glauben“ nimmermehr ein ehrlicher Führer deutscher Kammern sein. Behaupte er das doch zu sein, so erkläre er ihn für einen Lügner. Er bitte etwa anwesende Vertreter der Presse, diesen Ausdruck zu veröffentlichen, damit ihn Singer vor „deutschen“ Nichtern verlagen könne. Hatte sich der famos konservative Kandidat schon vorher als Kretin bewiesen, so hatte er damit urse Diagnose dahin ergänzt, daß wir es mit einem hochhaften Kretin zu thun hätten. Kretins pflegen ja meistens hochhaft zu sein. Wenn wir noch hinzufügen, daß der erwähnte Diskussionsredner unter dem lebhaftesten Weisfall der Markus-, Lazarus- und Auferstehungs-Vereine ein Zuchthaus-Gefangener gegen die Arbeiterpartei forderte, so wäre damit alles Erwähnenswerte über die Versammlung gesagt.

In acht Tagen wollen die Konservativen abermals tagen und dazu die Wegner einladen. Sozialdemokraten werden zweifellos nicht so dumm sein, diesen Jammermenschen den Saal zu füllen. Wenn der Dr. Wegner seinen „heiligen Kampfesjorn“ Sozialdemokraten gegenüber ausspielen will, mag er zu uns kommen. Auch für sein Häuflein konservativer findet sich in jeder sozialdemokratischen Versammlung noch Unterhändler. Wollen sie das nicht, so mögen sie sich gegenseitig in ihren Konventikeln zu Tode öden.

Die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Gärtner und Gartenarbeiter im neuen künigl. botanischen Garten zu Dahlem werden uns als recht unzulässiger Art geschildert.

Es werden zur Zeit etwa 35 Gehilfen, 50 Arbeiter und 25 Frauen beschäftigt. 28 Gehilfen erhalten 2,75—3,25 M., sieben Gehilfen 1,50 bis 2,50 M. pro Tag; die Arbeiter 2,75—3,00 M.; die Frauen 1,50 M. Während bisher auch in den Frühjahrs- und Sommermonaten die tägliche Arbeitszeit 10 Stunden betrug, ist diese jetzt auf 10 1/2 Stunden verlängert worden ohne Lohnzulage. In den Vorjahren machten die Angestellten häufiger Ueberstunden und erhielten diese mit 35—50 Pf. vergütet. Diese kleine Mehrerinnahme fällt jetzt durch die Arbeitsverlängerung weg. — Die Angestellten sind über die neue Maßnahme der Direktion erklärlich sehr ungehalten. — Für den Aufseherdienst an Sonntagen von nachmittags 2—7 Uhr wird eine Vergütung von 1,50 M. geleistet. Vorstellungen, die Arbeitszeit auf zehn Stunden zu belassen, hatten keinen Erfolg; die Direktion lehnte das mit dem Hinweis ab, daß im königl. Tiergarten und bei der Stadt Berlin die Gärtner und Gartenarbeiter sogar die elfstündige Arbeitszeit hätten. — Das sind zweifellos recht rückständige Zustände; in der gewerblichen Landschaftsgärtnerei besteht schon mehr als ein Jahrzehnt die Höchstarbeitszeit von 10 Stunden. Staat und Gemeinde sollten aber Musteranstalten in der Arbeiterfürsorge sein.

Berliner Asylverein für Obdachlose. Im Monat April nächstigen im Männerzahl 2 005 Personen, wovon 8719 badeten, im Frauenzahl 5209 Personen, wovon 1289 badeten. Arbeitsnachweis wird erbeten für Männer: Biesenstr. 55/59, für Frauen: Pflasterstr. 8.

Die Ueberweisungen zur Fürsorge-Erziehung haben sich in Berlin im dem Vierteljahr Januar bis März 1903 weiter vermehrt. Es wurden nur noch 101 Jugendliche überwiesen, während in demselben Zeitraum des vorhergehenden Jahres 194 Jugendliche in Fürsorge-Erziehung gekommen waren. In den acht Vierteljahre seit Inkrafttreten des Fürsorge-Erziehungsgesetzes, vom April 1901 bis zum März 1903, wurden 52, 124, 154, 194, 184, 186, 180, 101 Jugendliche überwiesen. Hiernach wurde der Höhepunkt bereits im ersten Jahre erreicht und schon im ersten Viertel des zweiten Jahres begann ein Rückgang. In diesen zwei Jahren kamen im ganzen 1105 Böglinge in Fürsorge-Erziehung, wovon 45 durch widerwillige oder endgültige Entlassung oder durch Tod inzwischen wieder ausgeschieden sind. Am 1. April 1903 befanden sich demnach in der Fürsorge-Erziehung der Stadt Berlin 1060 Böglinge. Außerdem waren von früher her noch 474 Zwangs-erziehungsböglinge vorhanden.

Stern-Dampfer-Gesellschaft macht folgendes über den Beginn der täglichen sahrplanmäßigen Dampferfahrten bekannt. Die Eröffnung der neuen Dampfschiffstation „Schlesisches Thor“ (Wendenschiff) am Hochbahnhof erfolgt von der Jannowbrücke vormittags von 9 1/2 Uhr stündlich, nachmittags von 2 Uhr ab halbstündlicher Verkehr

Als Lorelei, Grünau, Schmüdow; vom Schiffschen Thor, vor- mittags von 9^{1/2} Uhr stündlich, nachmittags von 2^{1/2} Uhr ab halb- stündlicher Verkehre bis Lorelei, Grünau, Schmüdow.

Zur Baumblüte nach Berder gehen folgende Dampfer ab: Von Berlin: Weidenammer Brücke 8⁰⁰ Uhr vormittags; Moabiter Brücke (Gasf. Gärten) 8⁰⁰ Uhr vormittags. Von Char- lottenburg: Schloßbrücke 9⁰⁰ Uhr vormittags. Von Spandau: Charlottenbrücke 10⁰⁰ Uhr vormittags. Von Potsdam: Lange Brücke, von 10^{1/4}—12^{1/4} und 1^{1/4}—5^{1/4} Uhr stündlich (bei gutem Wetter halb- stündlich zwischen Potsdam und Berder). Von Berder, Bismarckhöhe, von 12^{1/4}—7^{1/4} Uhr stündlich bis Potsdam, 5⁰⁰ bis Spandau-Berlin. Von Wannsee: 11⁰⁰ vormittags, 2⁰⁰—6⁰⁰ nachmittags stündlich (11⁰⁰, 8⁰⁰, 6⁰⁰ über Cladow) bis Potsdam. Von Potsdam: 11⁰⁰ vor- mittags, 1⁰⁰, 3—6 nachmittags stündlich (11⁰⁰, 1⁰⁰, 6 über Cladow) bis Wannsee.

Ein wahrer Kattenkönig von Prozessen ist aus der Krise im Deutschen Tierchutz-Verein hervorgegangen. So schweben zur Zeit zwei Verleumdungssagen gegen eine Frau D. und eine Frau Hof- rathin K., die von einem ehemaligen Vorstandsmittglied angeklagt worden sind. Vier Verleumdungssagen richteten sich gegen einen Berichterstatter, drei davon sind von ehemals bei dem Verein an- gestellten Beamten erhoben. Eines Flugblattes wegen, welches der Oberlehrer R. herausgegeben hat und das schwere Anschuldigungen gegen den Vorsitzenden des Deutschen Tierchutz-Vereins enthält, hat dieser Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft gestellt. Eine Verleumdungssage gegen den Generalmajor J. D. R. hat bereits zu Vernehmungen vor der Landwehr-Inspektion in Schöneberg geführt. Eine Gruppe von Mitgliedern des Deutschen Tierchutz-Vereins klagt gegenwärtig beim königlichen Amtsgericht auf Aufhebung der Ver- schlüsse der Generalversammlung vom 16. März. Schließlich hat der Vorstand des Deutschen Tierchutz-Vereins vor einigen Tagen eine Denunziation gegen den Oberlehrer R. bei dem Provinzial-Schul- kollegium eingereicht.

Ein Bootsunfall auf dem Hakensee hätte gestern beinahe zu dem Tode eines Mannes geführt. Ein Ausflügler, der Metallarbeiter W., hatte in Erliner ein Ruderboot gemietet, mit welchem er in der Ver- engung des Hakensees umherfuhr. Infolge falscher Steuerung seitens des Inassen stieß das Fahrzeug gegen einen Pfeiler der Kanalbrücke und schlug um. Der des Schwimmens unkundige W. bemühte sich, sich über Wasser zu halten und es gelang ihm auch schließlich den Rand des gelenterten Bootes zu erreichen und sich an denselben fest- zuklammern. Der Unfall war inzwischen von Passanten der Brücke bemerkt worden und der Gastwirt Steuer unternahm es, in einem Boote dem Gefährdeten zu Hilfe zu eilen. Es gelang ihm auch, die Unfallstelle in dem Augenblick zu erreichen, als der völlig erschöpfte W. seinen Kopf verlor und unterging. Der mit dem Tode Ringende wurde noch rechtzeitig geborgen und erholte sich bald wieder unter geeigneten Maßnahmen.

Am Friedhof erschossen hat sich der junge Kunstmalers Bedreudi, der Sohn des Privatiers Nathan Bedreudi aus der Prenzlauer- straße 88. Der junge Mann, der erst kürzlich von einer Kunstreise durch Italien zurückkehrte, hatte den Lebensmut verlor, weil er an Lungenentzündung litt und sein Leiden für unheilbar hielt. Am Sonntag morgen wurde er dicht an der Mauer des jüdischen Friedhofes in Weichensee tot aufgefunden. Er hatte sich dort mit einem Revolver erschossen.

Durch einen vom Brett fallenden Blumentopf verunglückte gestern nachmittags um 1^{1/2} Uhr der 12 Jahre alte Knabe Paul Mahle aus der Falkensteinstr. 21, der in der Expedition von Kempermann in der Luisenstr. 34 als „Kollmops“ beschäftigt ist. Während er auf dem Hofe auf einem Wagen stand, warf ihm ein Windstoch einen Blumentopf aus dem ersten Stock auf den Kopf. Der Junge wurde so schwer verletzt, daß er die Hilfe der Rettungswache am Görlitzer Bahnhof in Anspruch nehmen mußte.

Feuerbericht. In der Zwischenzeit hatte die Wehr über ein Duzend Brände zu beseitigen. In der Nacht zum Dienstag wurde sie nach der Brüderstraße 2 gerufen, wo in der Goldschmiede-Ver- stalt von Ch. v. Wagner ein Brand ausgebrochen war. Zur selben Zeit gingen in der Lörpingsstraße 18 Möbel und Kleidungsstücke in einer Wohnung in Flammen auf, die aber noch im Keime erstickt werden konnten. Durch Unvorsichtigkeit waren in der Ritterstraße 75 nachmittags in einer Buchdruckerei Garderobenstücke in Brand ge- raten, während in der Swinemünderstraße 55 alter Hausrat und Verpackungsmaterial in einem Keller brannte. In der Dieffen- bachstraße 32 und in der Potsdamerstraße 92 hatte die Wehr vorher Wohnungsbrände abzulösen. Wäschestücke, Decken, Möbel u. s. w. wurden in der Hauptstraße beschädigt. Nach dem Schiffschen Güterbahnhofe in der Mühlentstr. 13/14 wurde die Wehr Montagnachmittag gerufen, weil hier ein mit Heu beladener Eisen- bahnwagen in Flammen stand. Wenn auch durch kräftiges Wasser- geben der Wagon geschützt wurde, ist doch die Ladung durch Feuer und Wasser vollständig vernichtet. Außerdem liefen noch von der Wesselfstr. 11, Falkensteinstr. 81 und noch von mehreren anderen Stellen Alarmierungen ein, die jedoch auf ganz unbedeutende An- lässe zurückzuführen waren.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Gewerkschaftshaus, Engel-Platz 15, Hof links 2 Treppen, Saal 8. Der Jahresbericht ist im Druck erschienen. Die Mitglieder und Interessenten können denselben in der Schule oder in den Zahlstellen abholen. Wünsche nach weiteren Exemplaren wolle man an den Kassierer G. König, Hafenside 50, richten.

„Freie Fortbildungskurse für Arbeiter“, veranstaltet von der Wissenschaft, Technische Hochschule, Berlin. Mittwoch, den 6. Mai, abends 8 Uhr, wird Herr cand. med. Edwin Vab über „Hygiene“ in der Aula der Charlottenburger Ober-Realsschule sprechen. Eintritts- lizenzen zu 20 Pf. (Abonnement auf sämtliche Vorträge 50 Pf.) sind an der Abendkasse erhältlich.

Das „Casino-Theater“, jener Vollkommenstempel in der Lothringer- straße, hat am 1. d. M. wieder sein Programm geändert. Ein- geleitet werden die jetzigen Darbietungen durch ein hübsches Wieder- spiel „Weders Geschichte“, das Herrn Schöff und Fel. Lähle als frisch verheiratetem Ehepaar Gelegenheit giebt, ihre bald schen- fähigen, bald wehherzigen, bald jubelhaft empordringenden Ge- fühle mit schönen Stimmmitteln gesanglich zum Ausdruck zu bringen. Den bunten Teil eröffnet der Humorist Freddy Waldmüller mit recht aktuellen Couplets. Dann folgen die von der Direktion prolongierten Vergs., die sich diesmal als Strochierzett ein- zuführen, danach aber blitzschnell in ein stotter Tanz-Ensemble um- wandeln und auch in ihrer neuen Nummer als tüchtige Artisten zeigen. The Ottorus bieten einen Teufelsakt, der dem mit- wirkenden Herrn Gelegenheit zugununglaublichen Gliederverrenkungen giebt. Schließlich kommt das übliche Volksstück, diesmal „Unter Goldjunge“ von Max Koch. Der „Goldjunge“ ist eine Variation des alten Themas vom verlorenen Sohn. Optimistischer als die Bibel läßt aber der Verfasser unsern Volkstüdes den guten aber leichtsinnigen Bruder überjah in das elterliche Haus nicht ver- lumpt, sondern verbessert und als Millionär von London kommend zurückkehren. Unter den Darstellern wuhnte namentlich Herr Direktor Berg nicht nur die humoristische Seite seines Schachmachers und Gebrochener Vater tiefe Herzensdöne. Lilli Belle hatte die Hosen angezogen und schien sich in ihrer Rolle als Schachlerlegring ebenso zu amüfieren, wie das Publikum über sie. Ein Prachtexemplar von einem Dienstmädchen bot Fel. Scholz. Im übrigen hatten alle Beteiligten ihre Pflicht, so daß die kleine Vorstadt Bühne eine vollendete Darstellung bieten konnte.

Passage-Theater. Die häufige Behauptung, daß die Spezialitäten- Theater nichts Neues mehr zu bieten vermöchten, wird durch ver- schiedene Programmnummern des Passage-Theaters lägen gestraft. Vornehmlich ist es die neueste „Muffon Aga“, die allgemeine Ueber- raschung hervorruft; denn während bekanntlich Anna Noyke es nur bis zum Herumfliegenlassen von Kofh- und Seltenerleisern sowie andren vulgären landwirtschaftlichen Produkten gebracht hat, läßt der „Muffonist“, der die Aga vorführt, diese, nachdem er sie in einen magnetischen Schlaf versetzt hat, sich in horizontaler Lage frei in die Luft erheben und dort ohne sichtbaren Stützpunkt mehrere Minuten

schweben, und zwar handelt es sich hier nicht, wie bei den älteren Funktionen Phantasma, Reptina usw. um bloß Spiegelungen. Recht treffliche Leistungen bietet auch das Oitveira-Trio, das aus einem Herrn und zwei Damen besteht, die sich als vorzügliche Kanaren- und Trompetenbläser sowie als Mandolin-, Gitarre- und Euphoniumspieler bewähren; ferner die Akrobaten-Troupe Vulcano mit ihren Höllehten. Auch der Humor kommt nicht zu kurz. Für ihn sorgt Herr Oskar Klein, der gestern in der Rolle eines verhöhrten, schimpfenden Gymnasialprofessors, der in der Obersekunda seinen Alotria treibenden Schülern die Geschichte des Kampfes zwischen Perien und Spartanern bei Thermophlä vorträgt, wahre Lachsalven zu entfesseln wuhnte.

Aus den Nachbarorten.

Rigdorf. Am Rande des Tempelhofer Feldes erschossen hat sich Sonntagmorgen der 42 Jahre alte Lithograph Heisinger aus der Voltastr. 16 in Berlin. Nach schriftlichen Aufzeichnungen, die man bei dem Toten fand, hat eine unheilbare Geschlechtskrankheit dem- selben zu der traurigen That Veranlassung gegeben. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und nach der Rigdorfer Leichenhalle ge- schafft. — Nach der neuesten Feststellung des Magistrats zählt Rig- dorf gegenwärtig 107 819 Einwohner.

Schöneberg. Ein Fahrstuhl-Unglück ereignete sich am Sonnabendnachmittag auf dem Grundstück des Hauptpostamts in der Hauptstraße. Der Postbote Wihl. Henz war bei der Ausrufung des elektrisch betriebenen Fahrstuhls oberhalb des Erdgeschosses mit dem rechten Fuße zwischen Fußboden des Fahrstuhles und Mauer- werk geraten, so daß die Befreiung des Verunmöglicht war. Die herbeigeholte Feuerwehre mußte, um den Verunglückten aus seiner schrecklichen Lage zu befreien, das Mauerwerk ausbrechen. W. erlitt einen komplizierten Bruch des rechten Unterschenkels.

Grünau. Wie weit in unserm Orte die — Reugierde untrer Polizei gediehen ist, zeigt folgende Geschichte: Ein Arbeiter wurde im vorigen Monat 15 Tage zu einer militärischen Uebung eingezogen. Bei seiner Frau, die allein zu Hause war, erschien nun plötzlich der Gemeinbediener und stellte folgende wunderbare Fragen: In welchem Lokal verkehrt denn Ihr Mann? Die Frau war ganz erstaunt darüber und nannte ein Lokal, in welchem ihr Mann verkehrt. Das genügte dem Beamten nicht, er fragte weiter: „Sitzt denn Ihr Mann nicht nach der „Grünen Erde“ (Arbeiter-Verkehrslokal) und besucht er dort nicht die Versammlungen?“ (Wahlvereins-Versammlungen.) Nun bekam es die Frau mit der Angst zu thun, sie erklärte deshalb, daß ihr Mann Wochentags und Sonntags arbeiten müsse, daher keine Zeit habe, Versammlungen zu besuchen. Der Beamte fragte jedoch ganz genau nach der Arbeitsstätte, die ihm auch genannt wurde. Die Frau, die nun im höchsten Grade beunruhigt war, dachte, ihr Mann müsse irgend etwas begangen haben, was er ihr verheimlicht hätte. Der Beamte meinte jedoch, es sei ja nicht so schlimm, er wolle nur wissen, wo ihr Mann sein Glas Bier trinke. Wir möchten uns aber doch der auftraggebenden Behörde gegenüber die beschiedene Anfrage erlauben, wie sie dazu kommt, über einen unbescholtene Einwohner, der zur Uebung einberufen ist, derartige im höchsten Grade sonderbare Erkundigungen einzuziehen. Die Frau beruhigte sich nicht eher, bis ihr Mann zurückkam und ihr beteuerte, er habe weder beim Militär noch in Civil etwas begangen.

Nowawes. In der am 29. April abgehaltenen Sitzung der Ge- meindervertretung wurde u. a. folgendes verhandelt. Unter „Geschäfts- liche Mitteilungen“ gab der Amtsvorsteher bekannt, daß der dem Minister eingereichte Entwurf des zu erbauenden Schulhauses nicht genehmigt sei, und zwar handelte es sich hierbei um die Anlage der Treppe, für welche der Minister die kolossale Laufstrecke von 3,80 Meter verlange. Da eine derartige Aenderung des jetzigen Entwurfs nicht ohne weiteres durchführbar ist, so will der Amtsvorsteher unter Zugrundelegung des von dem Minister zuerst ausgearbeiteten Pro- jekts eine Umänderung des der Regierung eingereichten vornehmen lassen.

Diese Hindernisse, welche von der Regierung dem Schulhaus- Neubau schon seit langer Zeit in den Weg gelegt werden, sind geradezu auffallend. Da diese Veränderung des Planes und die Genehmigung des Ministers längere Zeit erfordert, so ist leider mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß der geplante Neubau in diesem Jahre nicht mehr in Angriff genommen werden kann und die Gemeinde sich noch mit dem schon vor zehn Jahren für haufällig erklärten Schulhause in der Prietrisstraße, welches an Trakehner Zustände erinnert, behelfen muß. — Da die Uniformen der freiwilligen Feuerwehre, welche seit sieben Jahren im Gebrauch, nur sehr schabhaft geworden sind, giebt die Ver- tretung ihre Zustimmung zur Anschaffung neuer Dienstkleidung, welche eine Ausgabe von 1000 M. erfordert. — Hierauf erfolgte die Vorlegung des Entwurfs eines Totengraberhauses nebst Kostenan- schlag. Der Bau dieses Hauses, welches zwei Stuben, Küche, Bureau und Keller umfassen soll, ist bei einfacher Ausführung auf ca. 6000 Mark veranschlagt. In der ausgedehnten Debatte, welche sich hierüber entspann und an der sich unserseits Grubel und Hoffmann beteiligten, wurde insbesondere bemängelt, daß die vorgesehenen Wohnräume für eine Familie nicht ausreichend seien, auch fehle es an Raum für Unterbringung gärtnerischer Utensilien usw. Der Gemeinde-Ver- meister wurde beauftragt, zur nächsten Sitzung eine neue Skizze aus- zuarbeiten und hierbei die Anregungen der Vertretung zu berücksichtigen. — Die in der letzten Sitzung von unsern Genossen Wagner erhobene Besäuerden über die Beschaffenheit der Luisenstraße haben die Begehmmission veranlaßt, in der heutigen Sitzung den Antrag auf Pflasterung genannter Straße zu stellen. Die Vorlage wurde der Finanzkommission zur schnellen Erledigung überwiesen. — In der nicht öffentlichen Sitzung brachte der Amtsvorsteher eine von ihm ausgearbeitete Petition an die Eisenbahnbehörde bezüglich Höher- legung des Wohnkörpers und Haltens der Fernzüge an hiesiger Station zur Verlesung. Die Vertretung beschloß, dieselbe öffentlich zur Unterzeichnung auszuliegen. Auf Antrag Grubel soll auch eine Ab- schrift dem Gewerkschaftsartikel übermittelt werden, um Unterschriften zu sammeln. — Ferner wurde noch von den Genossen Grubel und Hoffmann auf verschiedene Mißstände beim Plafattieren hingewiesen; da die Plafattisten nur geringe Größe haben, können die Anträge nicht immer berücksichtigt werden. Der Amtsvorsteher erklärte, daß die im vorigen Jahre von der Vertretung beschlossene Auffstellung von Klagen beseitigt würden. Zum Schluß wurden noch einige Armen- sachen erledigt.

Gerichts-Zeitung.

Obermeister Rahardt als Verurteilter. Gestern kam die vor einigen Wochen verurteilte Verleumdungssage des Tischlers Weich und des Mochpolierers Weder gegen den bekannten Obermeister der Tischler-Zunft, Rahardt, vor dem Schöffengericht zur Ab- urteilung. Wie erinnerlich sein dürfte, hatte der Beklagte am 27. Januar d. J. die Kläger vor dem berühmten Arbeitsnachweis in der Alexanderstraße ohne Ursache angekauelt und sie als ver- meintliche Streikposten mit Ausdrücken wie Wegelagerer, Tagelöhne und arbeitsscheues Gesindel beleidigt. Als die beiden insultierten Arbeiter dann die Personalien ihres Ver- leidigers feststellen lassen wollten, rief dieser plötzlich ängstlich um Hilfe, obwohl niemand beabsichtigte, sich etwa an seiner Benigleit zu vergeifen. Er will von Weich derartig am Arme gepackt worden sein, daß es ihm „wehe“ that. Deshalb hat er auch wegen schädlicher Verleumdung Widerklage gegen Weich erhoben. Die Verweiskaufnahme fiel auch diesmal zu Ungunsten des Obermeisters aus. Recht be- zeichnend war seine eigne Aussage, daß er dem als Zeuge geladenen, hühnerhaften Portier des Arbeitsnachweises Vorkwürfe gemacht habe, weil dieser ihm auf sein Rufen und Winken nicht schnell genug zu Hilfe geeilt war. (Demnach scheint der Portier gleichzeitig als Schutzengel für Herrn Rahardt engagiert zu sein.) Verblüffend, aber auch zugleich erheitend wirkte auch ein Ausspruch des Richters. Dieser fragte nämlich einen Zeugen, was ihn denn an dem fraglichen Tage in die Nähe des bekämpften Arbeitsnachweises geführt habe.

und meinte dabei: „Weßhalb arbeiteten Sie denn nicht an jenem Tage? Ein ordentlicher Mensch pflegt doch zu arbeiten. Das Leben ist doch nur zum Arbeiten da, nur die Arbeit macht das Leben genuehreich.“ Vielleicht wären diese Ausführungen noch weiter ausgedehnt worden, wenn nicht der Zeuge geantwortet hätte, er sei in jener Zeit leider arbeitslos gewesen. Nach beendeter Verweiskaufnahme verurteilte der Vorsitzende wiederholt einen Vergleich herbeizuführen. — Rechts- anwalt Heine, als Vertreter Weders aber lehnte den Vergleich ab unter der Begründung, er schließe mit keinem solchen Herrn jemals wieder einen Vergleich, weil in einem ähnlichen Falle der damalige Beklagte und dessen Freunde das großmütige Entgegen- kommen seinerseits hinterher noch als Feigheit auszuliegen versucht hätten. Auch der Kläger Weich lehnte den Vergleich ab. Dessen An- walt, Dr. Heinemann, wies in seinem Plädoyer u. a. auf die verhältnismäßig hohen Strafen hin, die fast regelmäßig über Arbeiter verhängt werden, wenn sich diese bei Lohnkämpfen usw. unbedachter- weise Arbeitswilligen oder Arbeitgeber gegenüber mal in ähnlicher Weise ausdrücken, wie es hier Herr Rahardt den Klägern gegenüber beliebt hat. Er ersuche deshalb, bei Abweisung des Strafmaßes auch hier Parität walten zu lassen. Das Urteil ging dahin, die Wider- klage Rahardis gegen Weich sei als erfolglos abzuweisen. Da- gegen sei Rahardt wegen formaler Verleumdung der beiden Kläger zu 10 M. Geldstrafe event. 2 Tagen Gefängnis zu verur- teilen gewesen. Strafmilberend komme beim Beklagten dessen erklärliche Erregtheit in Betracht, auch habe er in Wahrung be- rechtigter Interessen gehandelt, als er die Kläger damals zur Rede stellte. Das Urteil soll durch siebenstägigen Ausbhang an der Gerichts- tafel publiziert werden. — Gnädig genug ist der Obermeister weg- gekommen, immerhin, er ist verurteilt.

389 351 Mark unterschlagen. Die Unterschlagungen zum Nach- teil des Oekonomierats Späth, welche wegen ihrer kolossalen Höhe Aufsehen erregten, gelangten gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II zur Erörterung. Aus der Unterdrückungshaft wurde der 47jährige Buchhalter Friß Sebastian Röttger vor- geführt, welcher beschuldigt war, seinem Chef, dem Inhaber der be- kannten Späthschen Baumschulen bei Briß, nach und nach einen Ge- samtbetrag von 389 351 Mark unterschlagen zu haben. Röttger trat im Jahre 1889 als Kassierer und Buchhalter beim Oekonomierat Späth ein. Es wurde ihm von Anfang an volles Vertrauen geschenkt. In den letzten Jahren fiel es dem Oekonomierat auf, daß das Geschäft so gut wie gar keinen Reinnutzen mehr abwarf, obgleich das Geschäft eher zu als abgenommen hatte. Im verflohenen Sommer wandte Herr Späth sich an den Bücherrevisor Vierstedt mit der Bitte, eine Revision der Bücher vorzunehmen. Als der Ange- klagte dies erfuhr, wußte er seinen Chef zu überreden, von dem Vorhaben Abstand zu nehmen, indem er ihm vorstellte, daß die Zeit zur Vornahme einer Revision ungünstig sei. Herr Späth wartete noch einige Zeit und ließ dann ohne Wissen des Angeklagten eine Bücherrevision vornehmen. Diese hatte ein unerwartetes Ergebnis. Der Revisor entdeckte Fehler und Fälschungen in Menge, welche zum Teil schon vor länger als 10 Jahren begangen hatten und bis zur letzten Zeit fortgesetzt worden waren. Als der erste Fehler fest- gestellt war, stellte Herr Späth den ungetreuen Buchhalter zur Rede. Dieser räumte seine Verfehlungen ein, schätzte den Gesamtbetrag der von ihm unterschlagenen Summe auf etwa 300 000 M., erklärte aber, daß er im Stande sei, den Schaden zu beden. Der Angeklagte wurde nicht sofort zur Anzeige gebracht, während die zeitraubende Bücherrevision fortgesetzt wurde, ging er nach Holland, von wo er nach einigen Wochen aus freien Stücken nach Berlin zurückkehrte. Der Fehlbetrag war schließlich auf 389 351 M. festgestellt worden. Der Angeklagte hatte vor seiner Abreise seinem Chef eine ganze Anzahl Grundstücke und Aktien überantwortet, die er für die verun- treuten Gelder erworben hatte. Nach den Angaben des Angeklagten sollten die Grundstücke einen Gesamtwert von über 300 000 M. haben. Im gestrigen Termine behauptete der Angeklagte, daß er das Opfer von Grundstückspekulationen geworden sei. Da der Ange- klagte der Veruntreuung geständig war, so drückte die Beweis- aufnahme sich lediglich um die Feststellung, wie hoch der Wert der von dem Angeklagten als Dedung gegebenen Grundstücke und Papiere zu bemessen sei. Zeuge Oekonomierat Späth behauptete, daß er arg enttäuscht worden sei. Hypotheken, welche der Angeklagte ihm mit 100 000 M. angerechnet habe, hätten kaum den zehnten Teil des Wertes gehabt. Das Verstum Hegermühle, Vorgelesen in Eichwäld, Grundstücke in Bittenberge, alles habe der Angeklagte hoch zu Buch angegeben, in Wirklichkeit habe der Gesamtwert aller dieser Grund- stücke nur gegen 60 bis 70 000 M. betragen, so daß dem Oekonomie- rat Späth noch ein Schaden von etwa 300 000 Mark er- worden ist. Unter den „Aktiven“ des Angeklagten befand sich auch eine Ehrenschuld eines Lieutenants v. Eimer in Höhe von 61 000 M. Die Forderung ist keinen Pfennig wert.

Der Staatsanwalt nahm an, daß eine einzige fortgesetzte Hand- lung vorliege. Das unbegreiflich leichtsinnige Verhalten des Ange- klagten sowie der von ihm angerichtete hohe Schaden rechtfertige eine entsprechende Strafe. Der Staatsanwalt beantragte gegen den An- geklagten vier Jahre Gefängnis und fünfjährigen Ehr- verlust.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Schmidt, suchte ein mildereres Strafmaß zu erzielen, indem er darauf hinwies, daß man in dem Angeklagten nicht eine Verbrechernatur, sondern einen bedauerens- werten Phantasten vor sich habe.

Das Urteil lautete nach dem Antrage des Staatsanwalts.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 31. Heft des 21. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Liberalismus im Wahlkampf. — Die irische Landbill. Von R. Beer (London). — Der Kampf und die Niederlage der Arbeiter in Holland. Von Henriette Roland-Holt (s. Graveland). II. — Die Be- deutung von Farbe und Form des Lirleides. Von Kurt Grottelwitz. — Altösterreichische Kundschau: Die Gründung der deutschen Sozialdemokratie. Die Versicherung der Mutterschaft. Von Oda Elberg-Lerba. (S. Rudolfs). Die Kartatur der europäischen Völker vom Altertum bis zur Neuzeit. — Notizen: Berufsvereinigungen und Krisis. Zur Krisis in der Metall- industrie.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buch- handlungen, Postanstalten und Zeitungsverkäufer zu 3,25 M. pro Quartal zu beziehen. An der Zeitungspreiskasse der Postanstalten ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 5575 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Problemnummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieß Verlag), ist und soeben die Nr. 10 des 13. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Schutz den Wirtinnen. — Die badische Fabrikinspektion über die Verletzung der geschlichen Arbeitszeit der Arbeiterinnen. Von D. Z. — Thatsächliches und Prinzipielles über die Frauenorganisationen in den christlichen Gewerk- vereinen. Von Fanny Janle. — Aus der Bewegung. — Jeweilten: Ein Streber. Von Philipp Langmann. — Rotgenstiel: Soziale Weltanschauung. — Frauen in öffentlichen Aemtern. — Frauenbewegung. — Literatur zur Frauenfrage.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1903 unter Nr. 3189) beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Befehlsgeld 55 Pf., unter Anhangsband 65 Pf.

Der „Wahre Jacob“ hat soeben die 10. Nummer seines 20. Ja- ganges erscheinen lassen. Die Serie der „Wahrheiten“ wird in derselben du das farbige Bild „Die politischen sieben Schwaben“ fortgesetzt. Das an- fangliche Bild stellt Michels „Aufsatz auf dem Baller“ dar. Von der Portr- Galerie Die Kasser des Brothausers enthält die Nummer die Bild Wassermanns und Gröbers. Von den weiteren Illustrationen nennen wir M. und Morch am Ballen, „Beim Soldatenspiel“, „Jehuen-Eingang“, „M. und Morch am Ballen“, „Der Jollerbaum“, und „Uncle Sam und i. soher“, „Eine Bahlrede“, „Der Jollerbaum“, und „Uncle Sam und i. soher“. Der textliche Teil der Nummer enthält die Gedichte „Der liche Ausflügler“, „Der Jollerbaum“, „Deutschlands Spellette“, „T. alten Deutschen“, „Das geloppte Bäuerlein“, „Fortschrittsummel“, „Krit- tische Zeitreise“, „Die gute Polizei“ und außer zahlreichen kleineren Be- tragen in Poesie und Prosa noch die größeren Revillitons „Aus der Geheimratskammer“, „Kulde als Spiritist“, „Das Brillolium“, „Reger- meister Buchlers Flammischebe“, und „Das verheuerte ABC-Buch“. De Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.